

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1914

19 (23.1.1914) Erstes Blatt

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Angebote täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementpreis: Zugestellt monatlich 75 Pf., vierteljährlich 2.25 M.; abgeholt monatlich 85 Pf.; am Postkassett 2.10 M., durch den Briefträger 2.65 M. vierteljährlich.

Geschäftsstunden: 7 bis abends 7 1/2 Uhr. Postfachkonto Nr. 2660. Telefon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die 6spaltige, 11. Zeile, oder deren Raum 20 Pf. Lokalinserte billiger. Schluß d. Inseratannahme 1/2 Uhr norm., für größere Inserate am Nachmittage zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Ged & Cie., Karlsruhe.

Die heutige Nummer umfaßt 12 Seiten.

Zollpolitische Aussichten

Von dem schönen Talent, mit vielen Worten gar nichts zu sagen, hat niemand mehr mitkommen als der Staatssekretär des Innern Dr. Delbrück. Er kann stundenlang reden und am Ende ist das Wissen der Zuhörer auch nicht um ein Quentchen bereichert. Er tippt an die Probleme seines Ressorts, er umschreibt sie sozusagen, er betont ihre Wichtigkeit, aber er bietet sich wohl, Wege zu ihrer Lösung in dem einen oder andern Sinne zu zeigen. Im besten Falle stopft er denen, die nach Reformen rufen, den Mund mit Denkschriften und statistischen Erhebungen zu, durch die nachgewiesen wird, daß alles zum Besten bestellt ist. Am Bestehenden nicht rütteln — das ist sein vornehmstes Prinzip. Jede Aenderung verursacht Arbeit und Aufregung und verursacht Auseinandersetzungen, und die will der Staatssekretär, der es mit niemandem ganz verderben möchte, — soweit es seine Abhängigkeit vom Unternehmertum zuläßt, auch mit der äußersten Linken nicht — nach Kräften vermeiden. Das ebenso geistreiche, wie gedankenschwere Wort, mit dem die Legislaturperiode des gegenwärtigen Reichstags eingeleitet wurde, wird von Herrn Dr. Delbrück nicht anerkannt: Bei ihm und für ihn steht die Entwicklung still.

So findet er auch die deutsche Wirtschaftspolitik so vortrefflich, daß er nicht nur ganz allgemein an der „bewährten“ Zollpolitik festhalten möchte, sondern auch an dem Zolltarif von 1902 kein Zetelchen zu ändern beabsichtigt. Er möchte die Handelsverträge am liebsten so wie sie sind, verlängern. Er gibt zu, daß ja dieses und jenes an dem Tarif vielleicht abänderungsbedürftig sei, aber die Regierung wird die Initiative zu einer Novelle zum Zolltarifgesetz nicht ergreifen. Es bleibt, wenn es nach ihr geht, alles beim Alten. Es bleibt bei den hohen Zöllen, unter deren Schutz das Großagrarertum und die schwere Industrie ein behagliches Leben auf Kosten der breiten Masse der Konsumenten führen. Es bleibt auch trotz der Erfahrungen, die der Jahresfrist selbst die dem Agrarertum so willfährige Regierung zu einer vorübergehenden Linderung der Lasten zwang, bei den bestehenden Zollsätzen auf Vieh und Fleisch und auch der selbst in nationalliberalen und Zentrumskreisen erhobenen Forderung nach einer Herabsetzung der Futtermittelzölle wird nicht entsprochen.

Allerdings will auf der andern Seite der Staatssekretär aus eigenem Entschluß auch nicht den Wünschen der Bündler nach einem „lückenlosen“ Zolltarif Rechnung tragen, und wenn er es auch nicht ausdrücklich sagt, so möchte er doch den Eindruck erwecken, als ob er durch den Verzicht auf jede Reform die berühmte mittlere Linie zwischen den Ansprüchen von rechts und links gefunden hätte. Aber praktisch liegen die Dinge doch so, daß der Bund der Landwirte seine über den bestehenden Zolltarif hinausgehenden Forderungen nur geltend macht, um nicht den Verdacht zu erwecken, als sei er mit dem Bestehenden zufrieden. In Wirklichkeit führt er sich unter dem Tarif von 1902 außerordentlich wohl und dankt Gott auf den Knien, wenn ihm dieses doch auch für die Zukunft erhalten bleibt.

Selbstverständlich wird die Rechte nun nicht darauf verzichten, Anträge zum Zolltarif zu stellen. Sie rechnen dabei wenigstens für bestimmte Punkte auf die freundliche Mitwirkung des Zentrums und der Nationalliberalen und da vor kurzem erst wieder Herr Kobelt, der als Freisinnsmann den Wahlkreis Zerichow erobern will, die Verwirklichung der Gemüßzölle zugeben hat, dürfen die Agrarier ja sogar hoffen, noch links von den Nationalliberalen Sympathien für ihr Programm zu finden. Unter diesen Umständen ist es also noch keineswegs ausgemacht, daß der Futterford für die Arbeiter nicht doch noch ein wenig höher gehängt wird, denn wenn die Regierung auch aus eigenem Antrieb an der Grundlage von 1902 nichts zu ändern gedenkt, so muß man doch damit rechnen, daß sie agrarische Wünsche aus dem Hause ein geneigtes Gehör läßt.

Sehr viel aussichtsloser sind Anträge, die auf eine Herabminderung oder gar auf die Beseitigung geltender Zölle hinauslaufen. Nehmen wir selbst den von vornherein sehr unwahrscheinlichen Fall an, es fände sich eine Mehrheit zur Herabsetzung der Getreidezölle, so ist doch keine Wahrscheinlichkeit vorhanden, daß der Bundesrat einem solchen Beschluß des Reichstags beitreten würde. Das kann die Sozialdemokratie natürlich nicht hindern, ihr Programm zu vertreten und entsprechende Anträge und Resolutionen einzubringen. Aber sie wird damit noch lange der Dinge zunächst nichts anderes erreichen, als daß sie die Liberalen und das Zentrum, denen natürlich nichts angenehmer wäre, als wenn sie über das unangenehme Thema nicht zu sprechen brauchten, zu einer klaren Stellungnahme zwingt. Ein positiver Erfolg auf dem Gebiete der Zölle selbst ist sehr unwahrscheinlich, wenigstens solange den Anhängern einer Erleichterung des Zolltarifs nicht von außen her Hilfe kommt.

Mit Sicherheit läßt sich heute noch nicht voraussagen, ob eine solche Hilfe vom Auslande her zu erwarten ist, aber

daß die Regierung mit ihr rechnet, geht auch aus den Ausführungen Delbrücks hervor. Wenn die Vertragsstaaten, so sagt er, an ihren Tarifen eine Aenderung vornähmen, die unsere Ausfuhr berührten, dann würden die verbündeten Regierungen nicht zögern, Maßnahmen zu ergreifen, um die wirtschaftlichen Interessen Deutschlands zu verteidigen.

Eine solche Tarifänderung ist ja schon in greifbare Nähe gerückt; die russische Duma wird sich bereits in der nächsten Zeit mit einem Gesetzentwurf zur Erhöhung der Zollsätze für Getreide beschäftigen. Geht die Vorlage durch, so ist das ein Schlag für unsere fornbauenden Großgrundbesitzer im Osten, denen der Getreideexport, den sie mit Hilfe des Einfuhrzollsystems betreiben, erschwert wird.

Aber das Ausland beist gegen Deutschland nicht nur die Waffe der Tarifserhöhung. Rußland und Oesterreich-Ungarn haben noch ein stärkeres Pressionsmittel in der Hand. Sie können den deutschen Großgrundbesitzern die Zufuhr fremder Arbeitskräfte absperrern. Die deutsche Regierung sucht diese Gefahr zwar nach Möglichkeit zu leugnen, jedoch sie besteht in hohem Maße und dieser Lage erst rief ein nationalliberaler Landrat im preussischen Abgeordnetenhaus aus: Wir stehen in der Frage der landwirtschaftlichen Arbeiter vor einer Katastrophe! Herr Delbrück sagt mutig, in solchen Fällen werde man für die wirtschaftlichen Interessen Deutschlands kämpfen. Gut, nur werden die andern auch zum Kampfe entschlossen sein, und aller kühnen Worte ungeachtet, ist es doch sehr zweifelhaft, ob es die Regierung auf ein Ausbleiben der Hunderttausende von ausländischen Landarbeitern ankommen lassen wird.

Die Hoffnung aller derer, die eine Verbilligung der Lebensmittelzufuhr herbeiführen wollen, müssen sich also auf das Borgehen unserer Nachbarn stützen. Wenn wir das aussprechen, wissen wir sehr genau, daß man uns deswegen als Agenten des Auslandes an den Pranger stellen wird. Aber wir trösten uns damit, daß gerade in den handelspolitischen Kämpfen dieser Vorwurf schon oft Deuten gemacht worden ist, die weniger daran gewöhnt waren als die Sozialdemokratie.

Die Dienst- u. Einkommensverhältnisse der Eisenbahnarbeiter.

Der letzte Landtag hat bekanntlich der Regierung die Resolutionen des Süddeutschen und des badiischen Eisenbahnerverbandes empfehlend überwiesen und beantragt, die Regierung wolle in eine Prüfung darüber eintreten, in welcher Weise die Lohnverhältnisse der Eisenbahnarbeiter neu zu regeln seien; insbesondere solle auf eine Verminderung der Ortsgruppen hingearbeitet werden. Die Regierung hat daraufhin umfangreiche Erhebungen über die gesamten Lebens- und Einkommensverhältnisse der Eisenbahnarbeiter durch die Generaldirektion anstellen und aufgrund dieser Erhebungen die beiden Lohnordnungen neu bearbeiten lassen. Die hauptsächlichsten Verbesserungen bestehen bekanntlich darin, daß eine Reihe von Stationen in eine höhere Ortsgruppe eingereiht wurden und eine allgemeine Lohnerhöhung von 10 Pf. täglich eintreten soll.

Im Zusammenhang mit den Lohnordnungen hat nun die Generaldirektion auch eine neue Arbeiterdienst-Ordnung erstellt, da die bisherige Dienstverweisung für die händigen Arbeiter zum Teil veraltet war und auch zahlreiche Verbesserungsanträge seitens der Arbeiterschaft vorlagen. Zur Beratung der Entwürfe der beiden Lohnordnungen und der Arbeiterdienstordnung hat die Generaldirektion, wie dies bereits schon im Jahre 1909 anlässlich der Erstellung eines Nachtrags zu den Lohnordnungen der Fall war, eine Plenarsitzung der vereinigten Arbeiterausschüsse einberufen. Die Tagungen fanden am 20., 29. und 31. Dezember v. J. sowie am 8., 9. und 10. Januar ds. J. unter dem Vorsitz des Generaldirektors bzw. des Betriebsdirektors, Oberbaudirektor Courtin, statt. Im ganzen wurden 9 Sitzungen abgehalten. In den ersten zwei Sitzungen wurde die Arbeiterdienstordnung, in den folgenden zwei Sitzungen die Arbeiterlohnordnung für die Arbeiter des Betriebs- und Bahnunterhaltungsdienstes (Betriebslohnordnung) beraten, während die letzten 5 Sitzungen mit den Besprechungen über die Arbeiterlohnordnung für die Arbeiter des Werkstätten-, maschinenamtlichen- und Magazinendienstes (Werkstättenlohnordnung) ausgefüllt waren. Die Aussprache war eine sehr ergebnisreiche; im ganzen wurde etwa 600mal das Wort verlangt. Die Arbeitervertreter stellen zu fast jedem Paragraphen der Vorschriften Änderungsanträge. Die Generaldirektion zeigte jedoch sehr wenig Gegenkommen, indem sie 90 Prozent aller Anträge glatt ablehnte. Bei der Arbeiterdienstordnung, die zuerst beraten wurde, wurde hauptsächlich beantragt:

1. Einführung der 8 stündigen Dienstzeit und Beseitigung der Schichten mit 6-7 hintereinander folgenden Nachtdiensten.

2. Gewährung eines ausreichenden Urlaubs.

Bezüglich der Dienstzeit wurde hauptsächlich auch auf die Vorteile hingewiesen, die die stündige Schicht für die Bewältigung selbst bringen. Auch wurde beantragt, wenigstens da, wo die stündige Arbeitszeit schon eingeführt ist, den 3-tägigen Schichtwechsel einzuführen. Die Generaldirektion glaubte keine Zugabe machen zu können. Bei Besprechung der Urlaubsverhältnisse wurde von den Arbeitervertretern darauf hingewiesen, daß ein Urlaub von 5 Tagen nach 10 Dienstjahren doch nicht als „Erholungsurlaub“ angesehen werden

den könne. Der Arbeiter brauche diese Tage fast ausschließlich dazu, um seine häuslichen Verhältnisse wieder in Ordnung zu bringen; von einer „Erholung“ könne keine Rede sein. Ferner wurde betont, daß der Arbeiter nach einem ausgiebigen Erholungsurlaub, in dem er seinen Körper neu kräftigen konnte, viel fröhlicher und intensiver arbeite, daß also auch die Verwirklichung einen Vorteil von einer solchen Maßnahme habe. Leider zeigte die Generaldirektion auch hier kein Gegenkommen. Wir sind der Meinung, daß man hier den Wünschen der Arbeiterschaft einigermaßen hätte willfahren können, wo man doch weiß, daß die Eisenbahnverwaltung in diesem Punkte hinter vielen Kommunalverwaltungen zurücksteht.

Bei der Beratung der Betriebslohnordnung nahm natürlich die Debatte über die allgemeine Lohnerhöhung einen breiten Raum ein. Die Arbeitervertreter beantragten zunächst, die Gewährung der im Lohnsatz verlangten Anfangs- und Höchstsätze, oder, falls hierzu keine Aussicht bestehe, die Bewilligung einer allgemeinen Lohnserhöhung von 20 Pf. täglich, und zwar nicht wie vorgeschlagen, erst vom 1. Juli 1914 ab, sondern mit Wirkung vom 1. Jan. 1914. Die Generaldirektion erklärte, sie sei zur Beantwortung der sich auf die allgemeine Lohnerhöhung beziehenden Anträge nicht zuständig, sie wende die Anträge jedoch dem Ministerium zur Entscheidung unterbreiten. Nun, hier haben auch die Landstände ein Wort mitzureden und es steht zu hoffen, daß durch eine weitergehende allgemeine Lohnaufbesserung der nicht wegzuleugnenden Notlage der Arbeiterschaft einigermaßen ein Ende gemacht wird.

Ein weiterer Antrag ging dahin, die Ortsgruppen von 4 auf 3 zu vermindern. Der Antrag wurde jedoch von dem Vertreter der Generaldirektion mit der Begründung abgelehnt, daß die Lebensmittel- und Wohnungspreise an den einzelnen Orten so verschieden seien, daß eine Verringerung der Ortsgruppen wesentlich mehr Ortsgruppen, so z. B. Bayern 9. Auch diese Stellungnahme der Generaldirektion ist sehr bedauerlich. Wenn in Bayern 9 Gruppen bestehen, so kann das doch für Baden kein Grund abgeben, ebenfalls möglichst viele Gruppen beizubehalten. Ferner weiß jedermann, daß wohl die Wohnungsmieten auf dem Lande niedriger sind als in der Stadt, dafür sind die Wohnungen aber auch umso primitiver und weiter sind die Preise für eine Reihe von Bedarfsartikeln z. B. für alle Spezereiwaren höher als in der Stadt, auch sind die Waren zudem qualitativ schlechter. Es ist zu hoffen, daß auch hier noch nicht das letzte Wort gesprochen ist.

Den Antrag, auch den Arbeitern in Heidelberg, Karlsruhe, Freiburg und Konstanz die für Mannheim vorgesehene Ortszulage von 30 Pf. täglich zu gewähren, wurde von der Generaldirektion mit der Begründung abgelehnt, daß Mannheim hinsichtlich der Feuerungsverhältnisse weitaus an erster Stelle stehe.

Bezüglich des Lohndienstalters, das jetzt auf den Beginn des 23. Lebensjahres festgesetzt ist, wurde beantragt, für ungelernete Arbeiter das 18. und für gelernete Arbeiter das 20. Lebensjahr als Beginn des Lohndienstalters festzusetzen, da die Arbeiter in diesem Alter als voll leistungsfähig zu gelten hätten. Die Generaldirektion konnte die Berechtigung dieses Wunsches nicht in Abrede stellen und sagte eine Prüfung zu.

Eine sehr heftige Debatte entspann sich über den § 10, wonach bei gemischter Beschäftigung im Bahnunterhaltungs- und Abfuhrdienst für die Zeit der Beschäftigung im Abfuhrdienst nicht mehr wie bisher der durch 10 geteilte Tagesgrundlohn, sondern der durch die Stundenzahl der hier zulässigen Dienstdauer geteilte Tagesgrundlohn als Stundenlohn bezahlt wird. Durch diese Bestimmung sind die Ablöser auf Kosten, bei denen noch eine Dienstdauer von mehr als 10 Stunden besteht, recht bedenklich geschädigt zum Teil bis zu 70 Pf. täglich. Daß hier ein Sturm der Entrüstung ausbrechen mußte, ist selbstverständlich. Die Generaldirektion erklärte aber, an der getroffenen Anordnung festhalten zu müssen, da die bisherige Regelung unbillig sei. Diese Entscheidung ist uns unbegreiflich. Zugabeden, daß die jetzigen Bestimmungen Mißstände im Gefolge hatten, so hätte die Neuregelung doch nicht so getroffen werden müssen, daß dadurch Leute bis zu 70 Pf. geschädigt sind. Es hätte mindestens eine Hebergangsbestimmung geschaffen werden können, wonach die neuen Anordnungen nur für solche Leute gelten, die neu in den Afforddienst eintreten. Die Arbeitervertreter haben sich denn auch nicht mit dem Bescheid der Generaldirektion zufrieden gegeben, sondern erklärt, daß die Arbeiterschaft mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln nötigenfalls unter Anrufung der Landstände, gegen diese Neuregelung ankämpfen werde.

Außer diesen Anträgen wurde eine größere Anzahl weniger einschneidender Änderungsanträge gestellt, u. a. 1. Einreihung der Bahnmeisterführer in die Stellenzulage Gruppe 1 mit 60 Pf. 2. Einreihung der Nachtwächter, der Güter- und Werkarbeiter, der Gepärdarbeiter, der Frachtbriefführer, der Bahnsteigwächter und der Güterarbeiter in die Stellenzulage Gruppe 2 mit 30 Pf. 3. Erhöhung des Tagesgelbes bei auswärtiger Beschäftigung von 3 M. auf 4 M. und des Hebernachtsgelbes von 1.50 M. auf 2.50 M. 4. Gewährung eines freien Samstags nachmittags unter Durcharbeitung ar Samstagen bis 2 Uhr nachmittags ohne Mittagspause usw. Auch diese Anträge wurden von der Generaldirektion bedauerlicherweise alle abgelehnt.

Zu der nun folgenden Beratung der Werkstättenlohnordnung waren nur die Vertreter des Werkstätten-, maschinenamtlichen- und Magazinendienstes zugelassen. Die Debatte drehte sich hier natürlich um die Affordarbeit und das Zeitlohnsystem. Die über 20 Jahre, die zum Affordsystem sprachen, legten der Generaldirektion in überzeugender Weise dar, welche Schäden das Affordsystem für die Arbeiterschaft in gesundheitlicher und moralischer Hinsicht mit sich bringe. Besonders wurde darauf abgehoben, daß in den Eisenbahnwerkstätten fast ausschließlich Reparaturarbeiten auszuführen seien für die ein gerecht wirkendes Affordsystem nicht gefunden werden können. Weiter wurde darauf

Seite 2.
Karlsruhe
Marken.
Bad.
e.
ermittelt 4
Ausnahme
von 6 bis
tags 8 bis
r, Freitag
vormittags
-12 Uhr.
e.
Kreuzstr.
kauf
Januar
verkaufte ist
Qualität
Leisch
fennig.
Neck,
6811
chönes Sofa
Vett 30 Pf.
eine 30 Pf.
fast neues
rd 12 Pf.
nen, 40 Pf.
Pf., schöner
6787
12 part.
richt.
b. Präsele
richt für An
rittene bei
Kaf. Mond-
6752
ährend auf
Serren-
er, gut ge-
riefel in ei-
erft. 3970
Durlacher
strasse 79.
tten
Neuheiten
s in reich-
wahl im
s Zapf
H.
lade
oo
der
af-
richt
997
999.
ermann,
687.

Hingewiesen, daß die etwa 30 000 verschiedenen Akkordfälle einen ungeheuren Verwaltungsapparat erfordern, ja daß das Suchen nach dem Akkordpreis, den der Arbeiter im einzelnen Fall zu beanspruchen habe, oft längere Zeit in Anspruch nehme, als die Reparatur selbst.

Begünstigt des Zeilohnsystems wurde ausgeführt, daß es als besonders ungerecht empfunden werde, daß für Handwerker, die doch im allgemeinen die gleiche Arbeit leisten, drei verschiedene Zeitlohnzuschläge festgesetzt seien und zwar 30 Proz., 25 Proz. und 20 Proz.; ebenso verhalte es sich mit den Zuschlägen von 20, 15 und 10 Proz. für ungelernete Arbeiter.

Die Arbeitervertreter beantragten, die Akkordarbeit abzuschaffen und den Handwerkern allgemein einen Zeitzuschlag von 30 Proz. zu gewähren. Die Generaldirektion lehnte die Anträge ab. Diese scharfe Ablehnung rief bei den Arbeitervertretern große Niedergeschlagenheit hervor.

Sie hatten mindestens erwartet, daß die Behörde wenigstens in der Frage der Zeitlöhne etwas Entgegenkommen zeigen würde. Inseiner Erwarten wäre auch hier ohne große Kosten bei einigem guten Willen ein Kompromiß möglich gewesen.

Von den weiter gestellten Einzelanträgen seien erwähnt: 1. Es sind folgende Anfangsgrundlöhne zu gewähren für:

Table with 3 columns: Handwerker, Maschinenarbeiter, Tagelöhner. Rows show different groups and their respective wages.

Die Höchstlöhne werden überall in 15 Dienstjahren erreicht und zwar beträgt die Steigerung bei Handwerkern 2,50 Mark, bei Maschinenarbeitern 2,80 Mk. und bei Tagelöhnern ebenfalls 2,70 Mk.

2. In Erkrankungsfällen ist der Lohn für 13 Wochen fortzubehalten, das Krankengeld fällt während dieser Zeit der Krankenkasse anheim.

Auch diese beiden Anträge wurden von der Generaldirektion abgelehnt bezw. die Generaldirektion erklärte sich zur Beantwortung nicht für zuständig. Die übrigen Anträge sind weniger wichtig und stimmen zum Teil mit den Anträgen zur Betriebslohnordnung überein.

Zum Schluß der Verhandlungen wurden seitens der Vertreter der Arbeiterschaft zwei Resolutionen an das Ministerium überreicht, worin die Stellungnahme der Generaldirektion zur Stücklohnfrage und zum Zeilohnsystem bebauert und das Ministerium erlucht wird, den Wünschen der Arbeiterschaft Rechnung zu tragen.

Das Resultat der mehrtägigen Beratungen ist also ein recht dürftiges. Man hat den Eindruck, daß bei einigem guten Willen die Behörde etwas mehr hätte zugeben können und daß sie die Geldfrage zu sehr in den Vordergrund gestellt hat.

Deutsche Politik.

Aus dem württembergischen Landtag.

Im württembergischen Landtag, der am Mittwoch zusammentritt, wird von der sozialdemokratischen Fraktion folgende Interpellation eingebracht:

Ist die Regierung bereit, Auskunft darüber zu geben: 1. welche Maßnahmen sie zur Bekämpfung der vorhandenen Arbeitslosigkeit und des dadurch bewirkten Notstandes weiter Arbeiterkreise sowie zur Unterstützung der durch die wirtschaftliche Krise schwer geschädigten kleinen Gewerbetreibenden zu ergreifen gedenkt; 2. ob sie die Beschlüsse der Zweiten Kammer vom 13. August 1909 und 1. Juni 1911 betreffend Arbeitslosenfürsorge nunmehr durchzuführen gedenkt.

Bemerkt sei, daß die erwähnten Beschlüsse der Zweiten Kammer die Regierung bereits aufforderten, an Gemeinden, die Arbeitslosenunterstützung gewähren, staatliche Zuschüsse zu leisten. Bis jetzt hat die Regierung diesen Beschlüssen nicht entsprochen.

Die Volkspartei bringt zum Fall Zabern eine kleine Anfrage ein; sie lautet:

„In Württemberg ist, wie in anderen deutschen Bundesstaaten infolge der bekannten Vorgänge in Elsaß-Lothringen eine Beunruhigung der Bevölkerung entstanden, insofern mit der Möglichkeit gerechnet wird, daß auch in Württemberg die Ausübung der bürgerlichen Polizeigewalt vom Militär an sich gerissen werden könnte. Gedenkt die Regierung, diese Beunruhigung durch Klarstellung des in unserem Lande bestehenden Rechtszustandes zu zerstreuen, wie das in Bayern durch die dortige Staatsregierung geschehen ist?“

Als französischer Spion in Deutschland gefangen.

Memoiren von Paul Chorenne.

(Nachdr. verb.)

(Fortsetzung.)

Die beiden hatten rasch die ganze Flasche Cognac geleert, aus der ihnen Moitrier eingekauft hatte. — Rohlenberg verlangte einen neuen großen Vorkauf; denn er wußte, daß die französische Regierung Moitrier eine große Summe für meine Befreiung zur Verfügung gestellt habe. Als Moitrier beteuerte, daß kein Sterbenswort davon wahr sei, zog der Gefährte Fra Brandini gemächlich einen Revolver aus der Tasche und fing an, mit ihm zu spielen.

Als aber Fra Brandini sich am nächsten Tag in der rue Sainte-Gudule einfand, wurde er dort von dem Polizeikommissär persönlich empfangen. Sein Freund nahm sofort Reißaus, während er selbst wie versteinert stehen blieb. Der Polizeikommissär verlangte Paß und Ausweispapiere von ihm, die er natürlich nicht besaß. Er, der 24 Jahre seines Lebens im Zuchthaus verbracht hatte, hatte keine Lust, auf eine nähere Bekanntschaft mit dem Polizeikommissär einzugehen und nahm mit Freunden den Sündenfrankenschein als Rückreisegeld nach Köln an. Zwei Polizisten gaben ihm das Geleit und verließen ihn erst, als der Zug nach Köln abfuhr. Niemand hat je wieder etwas von Fra Brandini gehört.

Aber ein Unglück kommt nie allein. Am Tag nach dem ich aus Brüssel die Nachricht von Rohlenbergs Benehmen

Die Volkspartei will sich mit einer schriftlichen Beantwortung der Anfrage begnügen. Von der Antwort der Regierung wird es abhängen, ob auch im württembergischen Landtag größere Debatten über den Fall Zabern stattfinden.

Mandatsniederlegung.

Der Reichsverbandsgeneral von Liebert hat sein Mandat zum Reichstage niedergelegt, um dem absolut sicheren Hinanwurf zuvorzukommen. Die Erziehung dürfte bereits in der ersten Hälfte des März stattfinden. Die Reichsverbände haben die Wahltagung bereits ausgenommen und auch unsere Genossen werden nun ungesäumt in die Agitation eintreten.

Noch ein ungültiges Reichstagsmandat.

Die Wahlprüfungskommission des Reichstags erklärt das Mandat des freikonservativen Abg. v. Salem für ungültig. Der Wahlzettel, der in diesem Kreise — Schwegel — getrieben wurde, steht in den Akten des Reichstags ohne Beispiel da.

Eine Arbeitslosendemonstration.

Eine von etwa 2000 Arbeitslosen besuchte Versammlung fand am Mittwoch vormittag in Magdeburg statt. Nach einem Referat des Reichstagsabgeordneten Brandes protestierte die Versammlung gegen das mangelhafte Entgegenkommen des Magdeburger Magistrats in der Frage der Arbeitslosenfürsorge und verlangte die Einführung einer kommunalen Arbeitslosenversicherung. Den Anstoß zu der Versammlung gab die Weigerung des Magistrats, eine Beschlus der Stadtverordnetenversammlung auszuführen, im Januar eine Arbeitslosenzählung vorzunehmen. Der Magistrat hatte die Absicht, diese Zählung im Dezember kurz vor Weihnachten vorzunehmen, zu einer Zeit, wo viele Arbeitslose vorübergehend Beschäftigung gefunden haben, um so nachweisen zu können, daß die Arbeitslosigkeit nicht sonderlich groß sei.

Gegen die Säbelkataloge.

Die elsäß-lothringischen Reichstagsabgeordneten haben mit Unterstützung der polnischen Fraktion im Reichstag einen Antrag eingebracht, in dem sie unter Bezugnahme auf die Vorgänge in Zabern den Reichskanzler ersuchen, baldigst einen beschleunigten Gesetzentwurf einzubringen, welcher die Befugnis der bewaffneten Macht zur Ausübung der staatlichen Zwangsgewalt für das Reich einheitlich regelt und der Rechtsauffassung Geltung verschafft, daß das Militär nur auf Requisition der Zivilbehörden zu polizeilichen Zwecken verwendet werden darf.

Strafgesetz gegen Truß.

Die Nachricht, daß die sächsischen Gerichtsbehörden — wie es heißt, auf Grund der Geheimbündelparagraphen — gegen die dem amerikanischen Tabaktrutz angehörenden Zigarettenfirmen mit Hausjungen vorgegangen sind, ist geeignet, beträchtliches Aufsehen zu erregen, denn sie ist von bedeutendem grundsätzlichen Interesse. Die Energie, die die Behörden in diesem Fall aufbringen, entspricht allerdings nicht sozialen sondern nationalen Gründen: es wird nicht das Trustwesen an sich bekämpft, sondern das Amerikanertum im Trustwesen, gegen das die einheimische Tabakindustrie in eine lebhaftere Bewegung eingetreten sind. Glaubt aber die Behörde zu einem Einschreiten gegen einen Trutz ausreichende gesetzliche Grundlagen zu besitzen, so bleiben diese Grundlagen auch bestehen, wo es sich nicht um ausländische, sondern um inländische Trustbildungen handelt. Daß die Entscheidung dieser juristischen Frage von großer grundsätzlicher Bedeutung ist, leuchtet ohne weiteres ein.

In Deutschland sind Verjude zur gesetzlichen Bekämpfung des Trustwesens noch nicht gemacht worden: wie der Tabaktrutz selbst so ist auch das behördliche Vorgehen gegen ihn amerikanisches Modell. Nach der amerikanischen Kartellgesetzgebung werden alle Verträge, die auf Einhaltung eines bestimmten Preisniveaus hinwirken, als unzulässig betrachtet. Wo eine den Absatz der Waren regelnde Verkaufsstelle besteht, kann eine derartige Kombination an die strafbare „Conspiracy“ (Verschwörung) streifen.

erhalten hatte, die mir wieder alle Hoffnung auf Flucht nahm, wurde auch der neue Meister der Papetrie plötzlich entlassen und zwar genau aus demselben Grund wie sein Vorgänger.

Nun war ich wieder ganz und gar verlassen!

Zufällig erfuhr ich damals, daß mein Freund und angegeblicher Helfer, Pfesser, der in Cottbus gefangen war, für die großen Konstruktionswerke, deren Vertreter in Berlin er gewesen war, weiter arbeiten, daß er zeichnen und technische Pläne entwerfen durfte, kurz, daß er eine Tätigkeit hatte, die seinen Fähigkeiten und Studien angemessen war. Ohne einen Augenblick zu zögern, schrieb ich an meine Schwester, sie möchte in dieser Beziehung Schritte bei meiner deutschen Firma die ich in Paris vertrat, tun. Diese war mir sehr wohlwollend gesinnt geblieben, da sie überzeugt war, daß meine ganze Verurteilung nur auf einem Mißverständnis oder einer Intrigue des Polizeikommissärs von Lauch beruhe. Ich hatte gebeten, im Zuchthaus mit der Uebersetzung deutscher technischer Aufträge in verschiedene andere Sprachen betraut zu werden. Meine Firma willigte sofort ein und reichte ein Gesuch an die Regierung von Merseburg ein, der die Zuchthausverwaltung von Halle unterstellte war. Meine Schwester reiste zu dem früheren Staatsanwalt des Reichsgerichts, der mich verurteilt hatte, und bat ihn, seinen Einfluß höheren Ortes geltend zu machen, damit ich im Zuchthaus meinen Fähigkeiten und meiner gesellschaftlichen Stellung entsprechend beschäftigt würde. — Der Staatsanwalt war im Grunde ein guter Mensch, der dem Mitleid zugänglich war, und so hatte ich es denn meinem wohlwollenden Einfluß zu danken, daß die Zuchthausdirektion von Halle ernannt wurde, mich nach meinen Fähigkeiten zu beschäftigen.

Mein Direktor selbst teilte diese Entscheidung der Firma mit, und daß ich die Erlaubnis hätte, deutsche technische Arbeiten ins Französische, Spanische und ins Russische zu überlegen.

Zur selben Zeit nahmen die amerikanischen Studenten der Universität Halle, die von meinem Aufenthalt in

die unserm Geheimbündelparagraphen gefährlich entspricht. Die Erfahrung hat drüben bisher gelehrt, daß gegenüber der notwendigen Entwicklung zur Kapitalkonzentration jede Kartellgesetzgebung verfehlt.

Eine andere Frage als die gesetzliche Unterbindung des Kartellwesens ist die Frage seiner behördlichen Überwachung. So zweifelnd man vom sozialistischen Standpunkt aus jedem Versuch, neue Gesetze gegen die Kartelle zu machen oder alle gegen sie anzuwenden, gegenübersehen muß, so zweifellos erscheint von demselben Standpunkte aus das Recht der öffentlichen Gewalt, in das Getriebe der Trusts und Kartelle den gründlichsten Einblick zu nehmen. Wer als Sozialist für die Beherrschung des gelamten Wirtschaftslebens durch eine demokratisch organisierte öffentliche Gewalt eintritt, muß auch die Forderung erheben, daß es vor der öffentlichen Gewalt keine Geheimhaltung wirtschaftlicher Verbindungen geben darf. Die Ausbeutung einerseits der produzierenden Arbeitskräfte andererseits der Konsumenten durch das Kapital kann durch kein Gesetz beseitigt werden, solange der Kapitalismus besteht denn dieses System der Ausbeutung ist ja sein eigentliches Wesen. Die Organisation dieser Ausbeutung aber darf keine Geheimorganisation, keine gegen Produzenten und Konsumenten gleichzeitig gerichtete Verschwörung sein. Es soll mit offenen Karten gespielt werden.

In diesem Sinne ist es zu beklagen, daß zum erstenmal in Deutschland mit der amtlichen Laterne in alle dunklen Ecken eines Trusts hineinleuchtet werden soll, wenn es diesmal auch nur ein amerikanischer Trust ist!

Aufruf der Nationalchristen.

Die „Köln. Volksztg.“ veröffentlicht heute einen Aufruf zur Arbeit, der von dem Ausschuß des Deutschen Arbeiterkongresses unterzeichnet ist. Es heißt darin:

Die öffentliche Meinung bedarf fort und fort allerorts eine unausgesetzte Belehrung. Lebensmittelversorgung, Mißstände im Wohnungsweien und Arbeitslosenfürsorge stellen uns eine Fülle von Einzelaufgaben, deren Weiterverfolgung in Staat und Gemeinde durch unsere christlichnationalen Organisationen angeregt und in Fluß gehalten werden muß. Darum ergeht unser Aufruf zur Arbeit an Alle, die innerlich zu uns stehen. Mit unserer entschiedenen Willenserklärung auf dem Berliner christlichnationalen Kongreß haben wir die Gefahr sozialer Verschlechterung noch nicht gebannt. Soll sie vollends wirksamlos gemacht werden, dann heißt es, die Massen aufzurütteln und Massen sammeln. Nur eine starke christlichnationale Arbeiter- und Angestelltenbewegung kann eine dauernde Bürgerschaft für eine gedeihliche Weiterentwicklung unserer sozialen Verhältnisse sein. . . . Unsere Bewegung ist national, weil wir uns verwachsen mit Land und Volk. Aber als vollwertiger Teil des Gesamtvolkes wollen wir erkannt und anerkannt sein. Die christlichnationale Arbeiter- und Angestelltenbewegung ist da, um praktisch darzutun, daß kein solcher Arbeiter und Angestellter, der wirtschaftlich und sozial, geistig und sittlich empor will, es nötig hat, Sozialdemokrat zu sein, ja, daß er es nicht sein darf, wenn er zum Ziele kommen will. Auf diesen Grundrissen und der inneren sprechenden Wirksamkeit ruht unsere Stärke.

Glauben die Christlichen mit diesem Aufruf ihren rofigen Schild wieder blankmachen zu können? Sie irren sich! Wie lange wird es übrigens dauern, bis die päpstliche Garde ihnen wieder einmal in die Parade fährt?!

Die diesjährige Bündler-Parade

soll am Montag den 16. Februar in Berlin im Zirkus Busch und im Zirkus Schumann stattfinden.

Rusland.

Stellungnahme der französischen Sozialisten zum Nationalkongreß. Gegenwärtig finden innerhalb unserer französischen Bruderpartei die Departementskongresse statt, um Stellung zu dem bevorstehenden Nationalkongreß der Partei zu nehmen. Der Nationalkongreß wird in Amiens stattfinden. Auch die

Zuchthaus erfahren hatten, einen Schritt zu meinen Gunsten beim Direktor; sie bat, daß ich ihre Abhandlungen über Thesen ihrer Fakultät, die sie auf englisch ausgearbeitet hatten, in gutes Deutsch überlegen dürfe, da das Reglement verlange, daß all diese Arbeiten in deutscher Sprache abgefaßt seien.

Eines Tages ließ mich der Direktor in sein Zimmer rufen und stellte mir einen Privatdozenten der Philologie, einen Dr. J. der Universität Halle vor, der ein umfangreiches, französisches Manuskript in der Hand trug und dies gern von mir nachsehen und forrigiert gehabt hätte. Man kann sich denken, mit welcher Freude ich all diese Arbeiten übernahm! Man zahlte dem Zuchthaus 1 Mark 20 Pfennig Tagelohn für mich, von dem ich nur den zehnten Teil, also 12 Pfennige erhielt: eine kolossale Summe für mich, da ich mit Diktierleben nur 4 Pfennig täglich verdiente. Meine pekuniäre Lage hatte sich so bedeutend gebessert, daß ich mir jede Woche noch einen Salzhering mehr hätte kaufen können.

Noch am selben Nachmittag stellte man in meiner Zelle einen großen Eichenisch mit einem braunen Nult darauf auf. Ich wurde reichlich mit Federn, Bleistiften und Tinte ausgestattet, während die Papetrieabteilung ihre Leimstöcke, Pinsel und Düten, kurz ihren ganzen abschleichen Kram wegholte. (Fortf. folgt.)

Spielplan des Hoftheaters Karlsruhe.

Freitag, 23. Jan. A. 32. „Phygation“, Komödie in 5 Akten von Chauv. Anfang 8 1/2 Uhr, Ende nach 10 Uhr. Samstag, 24. Jan. 30. Vorf. auf Ab. Ermäß. Preise: „Aubine“, romantische Zauberoper in 4 Akten von Lorching. Anfang 8 1/2 Uhr, Ende nach 11 Uhr. Allgemeiner Vorverkauf von Dienstag den 20. Jan. vormittags 9 Uhr an. Von Donnerstag, den 22. Jan., vormittags 9 Uhr an werden zu dieser Vorverkaufsstelle an der Vorverkaufsstelle des Hoftheaters keine Vorverkaufsgeldern erhoben. Sonntag, 25. Jan. C. 32. „Die Meistersinger von Nürnberg“ in 3 Akten v. Rich. Wagner. Anf. 8 1/2 Uhr, Ende 11 1/2 Uhr. Montag, 26. Jan. B. 34. „Wallensteins Lager“ in 1 Akt von Schiller. — „Die Piccolomini“, in 5 Akt. v. Schiller. Anf. 7 1/2 Uhr. Ende gegen 11 1/2 Uhr.

deutschen Genossen dürfte es interessieren, welche Stellung die französischen Genossen zu einzelnen Fragen einnehmen:

Die Delegierten des Departements Aisne erklärten, daß bei den Wahlen keine sozialistische Stimme den Kandidaten der Rechten, keinem Kandidaten, der sich zu der Politik Briand, Barthous und Poincarés bekenne oder der für die Verlängerung der militärischen Dienstzeit gestimmt habe, zufallen dürfe.

Die sozialistische Föderation des Departements Finistère spricht in ihrer Resolution aus, daß es notwendig sei, die Wahlzeiten zur Ausbreitung der sozialistischen Ideen zu benützen und Kandidaturen überall aufzustellen, wo es nützlich und notwendig sei. Sie erklärt, daß diese Kandidaten den Wahlkampf als Arbeiterkandidaten führen müssen, die nur in der Umgestaltung der kapitalistischen Gesellschaft in eine kollektivistische oder kommunistische, die vollkommene und endgültige Befreiung der Arbeiterklasse erblicken. Die Resolution verlangt dann weiter im Hinblick darauf, daß bei allen Aktionen der Partei, also auch bei Wahlen, in erster Linie das Interesse der Arbeiterklasse und deren Befreiung maßgebend sein müsse, den entscheidenden Kampf gegen die dem Interesse der Arbeiterklasse entgegenstehenden Maßnahmen der französischen Regierung.

Die Delegierten der Kongresse der Departements Seine (Paris) Hauts et Bas des Alpes, Aveyron und Landes sprechen sich ähnlich aus. Bemerkenswert ist die Resolution der Föderation von Haute-Garonne, in der es heißt: Die sozialistische Partei muß eine selbständige Partei bleiben. Als Klassenpartei und Partei der sozialen Umgestaltung muß sie eine Partei der Opposition gegen den bürgerlichen Staat sein. Sie wird in Konsequenz dessen weder Bündnisse, Abkommen schließen, noch den Boden wieder herstellen können, ohne sich der Gefahr auszusetzen, Verwirrung in bezug auf ihre Lehren und ihre Taktik in die Massen zu bringen. Selbstverständlich soll die Partei jede Reform, die die materielle und moralische Lage der Arbeiterklasse bessert, unterstützen.

Der Departementstag von Gard wandte sich gegen den Genossen Hervé, der in der letzten Zeit einige Parteigenossen in seinem "La guerre sociale" systematisch bedrückt.

Alle Departementkongresse fordern die Abschaffung der dreijährigen Dienstzeit und die Einführung des Wehrdienstes. Die Departementkongresse zeigen, daß ein klarer und entschlossener sozialistischer Geist unsere französischen Genossen befeuert; diese geben dadurch das Bild einer seltenen Einmütigkeit im Wollen und Handeln unserer Bruderpartei jenseits der Pyrenäen.

Rußland.

Die russische Geheimpolizei arbeitet in der letzten Zeit in Rußland mit besonderem Eifer. Sie ist unter der Leitung eines früheren Inspektors von Scotland Yard, also von der englischen Polizei, neu organisiert worden und steht unter der Oberleitung des Pariser Chefs der russischen Spindel. In London hat die russische Spindel ein eigenes Bureau in einem Hause in Clapham. Neben der Überwachung der russischen Reisenden, Flüchtlinge, Delektoren und Auswanderer scheint sich die russische Spindel auch mit Spionage und dergleichen zu befassen. Unser englisches Bruderblatt "Daily Citizen" erklärt: Es ist nicht zweifelhaft, daß die russische Geheimpolizei im Auslande das gefährlichste Spionagesystem ist, welches in der Welt besteht.

Badischer Landtag.

In der gestrigen Sitzung wurde die Beratung der vom letzten Landtag überwiesenen Petitionen beendet, die den Landtag seit anfangs dieser Woche beschäftigt. Die Petitionen gaben insbesondere den Genossen Kolb, Weber, Kurr, Stodinger, Weidold, Geiß, Kramer, Süßkind und Wöttinger Anlaß, die Wünsche der Petenten zu unterstützen. Nach Beratung des Voranschlags und des Berichtes der Oberrechnungskammer wurden gestern noch einzelne Teile des Etats des Finanzministeriums behandelt, von denen besonders der des Salinenwesens eingehend besprochen wurde. Besondere Erwähnung verdienen hierbei die Ausführungen des Genossen Kolb, der sowohl in der Frage der Lohnbezüge wie in der Frage des Arbeiterausschusses die Wünsche der Salinenarbeiter lebhaft vertrat.

*

17. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer.

gr. Karlsruhe, 22. Januar 1914.

Präsident Rohrbach eröffnet die Sitzung um 9.25 Uhr.

Am Regierungstisch: Kommissäre, später Finanzminister Dr. Rheinboldt.

Am Eingang befinden sich verschiedene Petitionen: des Eisenbahnkomitees und der Gemeinde der Meringer, Brannacker und Rosenbergr um Erbauung einer normalspurigen Eisenbahn von Rosenbergr nach Meringer; der Gemeinde der beteiligten Gemeinden um Erbauung einer normalspurigen Eisenbahn von Schopfheim in das kleine Wiesental; der Gemeinde der Adorf und Miesingen sowie sonstiger Interessenten wegen Fortführung der Staatsstraße Wutachtal-Adorf; des Stadtrats Forzheim, zugleich namens der Gemeinde der übrigen beteiligten Gemeinden, wegen Erstellung einer Kraftwagenverbindung Forzheim-Bauhlodm-Brücken; des Landesvereins Frauenbildung-Frauenstudium um Verankerung des weiblichen Einflusses an den höheren Unterrichtsanstalten durch weitere weibliche akademisch gebildete Lehrkräfte. — Weiter ist eingegangen ein Bericht der Gr. Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues (Abteilung für Wasserkraft und Elektrizität) über den Stand der Elektrizitätsversorgung des Landes; ferner eine Einladung des Gemeinderats der Stadt Weersburg zum Besuche der Stadt Weersburg, anlässlich der dem Vernehmen nach in Aussicht genommenen Beschäftigung der Heil- und Pflegeanstalt bei Konstantz seitens der Städte. — Die Abg. Weber u. Gen. zeichnen einen Antrag, die Einreichung der Stadt Durlach im Wohnungsgeldtarif betr., ein.

Fortsetzung der Beratung der vom letzten Landtag überwiesenen Petitionen.

Abg. Duffner (Zentr.) spricht zum Gesuch um Bau einer elektrischen Bahn von Furtwangen nach Triberg.

Abg. Benedy (F. Vp.) befürwortet das Gesuch des Stadtrats Konstantz um Umgestaltung der dortigen Bahnhofsanlage. Es sollte eine Rate in den Etat eingestellt und endlich Ernst mit dem Projekt gemacht werden. Der Redner verwahrt sich entschieden gegen eine weitere Hinausschiebung.

Ministerialrat Wolpert: Im Nachtragsetat wird eine Rate angefordert.

Abg. Martin (Zentr.) befürwortet die Petition um eine Autolinie Ludwigschafen a. S.—Stodach—Zuttlingen.

Abg. Schirmeister (Zentr.) schlägt sich dem an.

Abg. Benedy (F. Vp.) spricht im gleichen Sinne. Durch die Linie wird verhindert, daß sich der Verkehr nach Würtemberg zieht.

Abg. Dr. Schöfer (Zentr.) unterstützt die Bitte um Bau einer Eisenbahn von Königheim über Giffenheim nach Gartheim. Das länderübergreifende der Erfüllung der Wünsche der Bevölkerung bedeutet eine Verhöbanna derselben.

Abg. Spang (Zentr.) unterstützt diese Ausführungen. Die jetzt gebaute Bahn Königheim—Gartheim ist eine Sumpfbahn. Ministerialrat Wolpert: Der Bau dieser Bahn hatte aus den besonderen Verhältnissen heraus mit größeren Schwierigkeiten zu rechnen als andere.

Abg. Schöfer (Zentr.): Die Ausführungen des Ministerialrats werden im Hinterland nur ein Lächeln hervorrufen.

Abg. Söbber (Nat.) spricht zur Bitte um Bau einer Bahn von Ringolsheim nach Leffingen. Der Redner freut sich über die Zusage der Regierung betr. einer einseitigen Autolinie.

Abg. Biegemeyer (Zentr.) spricht im gleichen Sinne.

Abg. Hartmann (Zentr.) bittet bei dieser Gelegenheit, auch die Interessen von Ringolsheim zu schützen.

Abg. Dertle (Konj.) spricht zur Bitte für eine Bahn Mergenheim—Hammstadt.

Abg. Rantschbach (Konj.) schlägt sich den Ausführungen an.

Abg. Herberich (Nat.) empfiehlt die Petition für eine Nebenbahn von Schopfheim durch das kleine Wiesental, wozu eine neue Petition vorliegt.

Abg. Reinhardt (Zentr.) unterstützt die Bitte um Ausbau der Elztalbahn. Die Regierung stellt die Schwierigkeiten zu sehr in den Vordergrund.

Abg. Wöhrling (Nat.): Die zu einer Ablehnung kommenden Gründe der Regierung dürften nicht ganz stichhaltig sein. Die Bevölkerung hat das größte Interesse daran, mit Freiburg verbunden zu werden. Die Bahn läge auch im Interesse der Landesverteidigung, weshalb das Reich einen Zuschuß leisten sollte.

Abg. Hummel (F. Vp.) unterstützt ebenfalls die Ausführungen. Das Reich sollte Mittel beisteuern.

Abg. Graf (Zentr.) befürwortet die Petition um Bau und Betrieb einer Lokalbahn von Singen durch die Höri nach dem Rhein. Der Wunsch ist ein alter und berechtigter. Die Regierung, die einen ablehnenden Standpunkt einnimmt, sollte der Frage weitere Beachtung schenken.

Abg. Schirmeister (Zentr.) schlägt sich den Ausführungen an. Die Regierung sollte dem jetzigen Zustand ein Ende machen.

Abg. Wöhrling (Nat.) unterstützt die gleiche Petition. Die größten Gegner des Projekts sind die Städte Singen und Radolfzell, die sich nicht einigen können.

Abg. Benedy (F. Vp.) befürwortet ebenfalls die Petition.

Abg. Morgenstaler (Zentr.) spricht zur Bitte der Gemeinde Ohlsbach um eine Haltestelle.

Abg. Dr. Schöfer (Zentr.) dankt für das Entgegenkommen der Regierung auf die Bitte der Gemeinden Gerlachshausen und Großrinderfeld betr. einer Wagenhalle.

Abg. Höltsch (Nat.) befragt eine persönliche Petition.

Präsident Rohrbach schlägt bei der nun folgenden Beratung der Petitionen vor, durchnummeriert auf das Wort zu verzichten und bis zur Beratung der neuen Petitionen zu warten. Das Haus ist einverstanden.

Es folgte die Beratung der Petition über die Oberrechnungskammer.

Abg. Reubaus (Zentr.) erstattet den Bericht der Budgetkommission über den Voranschlag für 1914 und 1915, die den Erfolg über die Ergebnisse der Rechnungsbücher in den Geschäftsjahren 1911/12 und 1912/13 und die Rechnungen über die Einnahmen und Ausgaben für die Jahre 1911 und 1912. Die Rechnungskontrolle ergab keinerlei Anlässe. Die Kommission beantragt, die Rechnungen für 1911 und 1912 für unbeanstandet zu erklären. Die Kommission stellt weiter den Antrag, die Kammer möge den Voranschlag Groß-Oberrechnungskammer für 1914 und 1915 mit einer Ausgabe von jährlich 128 180 M. und einer Einnahme von jährlich 260 M. genehmigen.

Abg. Wittenmann (Zentr.) wünscht bei der Einzelberatung, daß der Präsident der Oberrechnungskammer sein Ressort vor der Kammer vertritt.

Finanzminister Dr. Rheinboldt: Es war bisher üblich, daß der Finanzminister dieses Ressort vertrat. Die Frage wird jedoch geprüft werden.

Abg. Hummel (F. Vp.): Was Abg. Wittenmann sagte, regte ich schon früher an und sollte erfüllt werden. Man müsse der Oberrechnungskammer die Bedeutung schaffen, die ihr gebührt. Die Positionen werden genehmigt.

Es folgt die Beratung folgender Titel aus dem Voranschlag des Finanzministeriums:

Salinenverwaltung, Münzverwaltung, Allgem. Kasernenverwaltung, Verschiedene und zufällige Ausgaben.

Abg. Dr. Schöfer (Zentr.) erstattet den Bericht der Budgetkommission. Das Budget der Saline von Rappennau weist einen Ausfall von 3 000 M. auf, was sehr bedauerlich ist. Die Zahl der Arbeiter in Rappennau ist um 1000 vermehrt worden. Es ist anzunehmen, daß aus Rappennau eine ganz moderne Saline gemacht wird. Erfreulich wäre, wenn wir einen Fond hätten, aus dem wir die Mittel für Neuanforderungen nehmen könnten. Die Regierung hat nun einen Fonds eingestellt. Die Kalkulationen gaben gute Ergebnisse. Der Redner stellt den Antrag, die Titel zu genehmigen.

Abg. Söbber (Nat.) bittet beim Salinenbau in Rappennau, die einheimischen Firmen zu berücksichtigen. Die Anlagen in Rappennau sollten verbessert werden. Der Redner trägt einige Wünsche der Gemeinde Rappennau vor. Die Gemeinde hat wegen der Saline große Ausgaben gehabt. Die Heilerfolge in den Anstalten sind gute. Man sollte die Anstalt in gleichem Maße wie Dürheim berücksichtigen. Die Arbeiterausschüsse sind keine Antwort. Die Wünsche der Arbeiter sind gerecht und billig.

Abg. Grolacher (Zentr.) freut sich über die Einstellung von 60 000 M. für ein Inhalatorium und Dampfbad in Dürheim. Eine gründliche Reform ist bei beiden Salinen, Rappennau und Dürheim, notwendig. Ein Minderer hilft nichts. Die Regierung schuf sich durch das Salz in Donaueschingen selbst eine Konkurrenz. Den Donaueschingern wurden Bohrungen erlaubt, den Wöllingen nicht. Auch die Zugerbindungen nach Dürheim sollten besser werden. Bei dem nächsten Jahr zu erbauenden Konversationsbades sollte der Staat der Gemeinde entgegenkommen.

Abg. Dr. Wagner (Nat.) gibt einen historischen Rückblick auf das Salinenwesen in Baden. Der Mangel einer lauffähigen Buchführung macht sich beim Salinenwesen bemerkbar. Mit dem nunmehr zu schaffenden Fonds wird nun hier ein neuer Weg eingeschlagen. Durch den Besitz von Salinen bekommen wir einen Einfluß auf den Salzmarkt. Es ist zu begrüßen, wenn der Staat selbst die Heilmittel in der Hand ausnimmt. In Dürheim sind jedoch Staatsmittel in einer Höhe festgelegt worden, die mir bedenklich erscheint. Wöllingen kann mit seinem Bad, oder Donaueschingen wäre geeigneter. Die Regierung sollte nicht engherzig sein, wenn auch andere Gemeinden Salz bauen.

Abg. Schöffer (Konj.) freut sich über die Reformierung der Solbäder.

Abg. Kolb (Soz.):

Ich möchte meiner Genugtuung über die Reformierung unserer Solbäder Ausdruck geben. Es hört sich sehr schön an, wenn gesagt wird, die Löhne in Rappennau seien gestiegen. Dies besagt jedoch nichts. Die heutigen Löhne in Rappennau genügen ganz und gar nicht. Man sollte hier den Wünschen der Arbeiter weitgehend entgegenkommen. Ebenso sollten die Wünsche der Arbeiter in der Frage des Arbeiterausschusses erfüllt werden. In anderen Staatsbetrieben bestehen diese Ausschüsse auch. Die nunmehrige Interessierung der Beamten am Salzverkauf wird sicher fördernd auf die Rentabilität wirken.

Auch sonst sollte man die Beamten am Verkauf zu interessieren versuchen. Nachdem in unsere Solbäder viel Geld hineingesteckt wurde, sollte man sie so hoch als möglich bringen.

Abg. Köhler (Zentr.) hält die Interessierung der Beamten am Salzverkauf für begrüßenswert. Zum Reichsalzgesetz sollte eine Novelle geschaffen werden, in der die badischen Verhältnisse berücksichtigt werden.

Abg. Grolacher (Zentr.) polemisiert gegen den Abg. Dr. Wagner und weist darauf hin, daß sich Dürheim völlig allein entwickelt hat.

Minister Dr. Rheinboldt gibt seiner Freude darüber Ausdruck, daß die verschiedenen Neuerungen bei den Salinen Zustimmung fanden. Die ortsansässigen Unternehmer werden bei Vergütungen möglichst berücksichtigt. Bei den Lohnverhältnissen der Arbeiter in den Salinen wird eine Neuregelung erfolgen. In den letzten Tagen ist der Entwurf einer neuen Lohnordnung festgestellt worden, der in den nächsten Tagen geprüft wird. Das neue Dampfbad in Dürheim wird in der nächsten Saison bereits benützt werden können. Der errichtete Erneuerungsfond ist für beide Salinen bestimmt. Zuerst wird das wichtige Rappennau umgebaut, dann kommt Dürheim an die Reihe. Einen weiteren Nachtrag für Dürheim, wie es Abg. Grolacher wünscht, kann ich nicht einstellen. Donaueschingen verdient infolge seines großen Unglücks weitgehende Berücksichtigung. Den Wünschen der Arbeiter, auf die Abg. Grolacher hinwies, bringen wir volles Interesse entgegen. Bis jetzt haben wir sie jedoch noch nicht gebraucht. Dem Bad in Dürheim fehlt nicht in dem Maße die Grundlage für eine gute Entwicklung, wie Abg. Dr. Wagner meinte. Es wird von sehr vielen Ärzten empfohlen. Die Regierung würde sich einer Unterlassungssünde schuldig machen, wenn sie die Kräfte unserer Salinen nicht benutzen würde. Zu dem Wunsch des Abg. Kolb, die mit dem Verkauf betrauten Beamten bei Verkauf nur bei den Salinen, sondern auch bei anderen werdenden Unternehmungen zu interessieren, ist zu bemerken, daß dies bereits geschieht. Die Mängel des Salzgesetzes sollen dadurch beseitigt werden, daß man das Entstehen neuer Unternehmungen noch mehr verhindert. Wir werden uns in Berlin entscheiden und wir hatten Erfolg. In Baden wird daher eine Anzahl von Kraftwerken errichtet werden. Ich hoffe, daß der Reichstag gegen diese Ausnahme keine Einwendungen macht.

Abg. Köhler (Zentr.) tritt für eine stärkere Bekämpfung der Saline Rappennau ein. Ein besserer Zugangslauf wäre zu begrüßen.

Abg. Dr. Wagner (Nat.): Der Staat sollte auch für die anderen Salinenunternehmungen, die Heilwässer dienen, eintreten, bezw. diese nicht belassen. Angesichts der Bewilligung der großen Mittel, sind die Wünsche Donaueschingens berechtigt.

Abg. Söbber (Nat.) tritt für die Bahnverbindung nach Rappennau ein.

Verichterstatter Dr. Schöfer (Zentr.): Ich lasse mich in der Fürsorge für die Arbeiter von niemand überbieten. Nur muß man berücksichtigen, wie die Lohnverhältnisse auf die anderen Arbeiter der Gegend wirken. Für die Arbeiterausschüsse tritt ich ein.

Die Positionen werden genehmigt.

Unterzeichnet von den Vertretern aller Parteien ist ein Antrag eingegangen, die große Regierung zu ersuchen, bei der Vollzugsverordnung des Weinsteuergesetzes im Absatz 3 zu dem Wort "Wasserzug" noch das Wort "Wasserlauf" hinzuzusetzen.

Abg. Kolb (Zentr.) fragt nach dem Stand der Wahlprüfungen, bezw. den Erhebungen hierüber an und bittet um Mitteilung, ob die Untersuchungen noch nicht erledigt sind.

Präsident Rohrbach teilt mit, daß die Akten noch nicht eingegangen sind.

Nächste Sitzung: Freitag vormittag 10 Uhr. Tagesordnung: Nachweisungen über die Staatsgelder; vergleichende Darstellung über die Budgetsätze; Interpellation der Abg. Köhler u. Gen. Reichsvergütung an Baden für Erhebung der Zölle und Reichsteuern betr.; Interpellation der Abg. Dr. Koch u. Gen. Benachteiligung Badens durch die Reichseisenbahnen betr.

Schluß der Sitzung: 11 Uhr.

Von den Abgeordneten Weber (Soz.) und Genossen ging folgender Antrag ein:

Die Einreichung der Stadt Durlach im Wohnungsgeldtarif betr.

Die zweite Kammer wolle die große Regierung ersuchen, die Stadt Durlach in die erste Klasse des Wohnungsgeldtarifs einzureihen.

*

In der Budgetkommission

legte heute das Ministerium des Innern einen Bericht des Landeswohnungsinpektors über dessen Tätigkeit vor. Sodann wurde über die vergleichende Darstellung der Budgetsätze der Rechnungsergebnisse für die Jahre 1911/12 beraten. Auf Anfrage, worauf die starke Ueberschreitung des Budgetpostens für die Anschaffung von Schreibmaschinen zurückzuführen sei, erklärte die Regierung, daß dies auf die überaus starke Vermehrung der Geschäfte zurückzuführen sei. Diese Geschäftvermehrung hat auch eine erhebliche Vermehrung der Einnahmen der Justizverwaltung zur Folge gehabt. Eine Ueberschreitung von über 250 000 M. weist das Budget der Polizei und inneren Verwaltung auf. In der Kommission wird die Ueberschreitung zum Teil auf das polizeiliche Regieren und Reglementieren zurückgeführt. Dieser Tatsache müsse man bei Behandlung der Frage der Vereinfachung der Staatsverwaltung ein besonderes Augenmerk widmen. Ferner wird dem Wunsch Ausdruck gegeben, bei Aufstellung des Budgets, wo voraussichtlich eine Vermehrung der Geschäfte zu erwarten ist, über die Rechnungsergebnisse hinauszugehen. Der Finanzminister erklärte, daß diesbezügliche Anweisungen an die Ministerien ergangen sind. Bei den Steuertrafen hat sich in den Jahren 1911/12 ein Mehrergebnis von rund 300 000 M. ergeben. Das Rülheimer Eisenbahngesuch hat eine Ueberschreitung von 1 160 000 M. verursacht. Die Kommission erhebt gegen die vergleichende Darstellung der Rechnungsergebnisse keine Beanstandung. Die Denkschrift der Regierung über denselben Gegenstand wird zur Kenntnis genommen. Eine größere Vereinfachung der vergleichenden Darstellungen ist nicht möglich, mit Ausnahme der Nachweisungen über die Rechnungen des Domänengrundstocks. Die Kommission stimmt dem Vorschlag der Regierung über die geplante Vereinfachung zu.

Sodann wird die Beratung des Budgets des Finanzministeriums fortgesetzt. Die Titel X, XI und XII Rubrik 2c. werden unbeanstandet genehmigt. Die für die Witwen und Waisen vorgesehene Unterstützungssumme ist um 60 000 M. erhöht worden, um die Witwen reichlicher zu bemessen. Nach Mitteilungen der Regierung wird zurzeit geprüft, ob in bestimmten Fällen von dem Nachweis für die Bedürftigkeit abgesehen werden soll. Bei Witwen mit niedriger Pension sollen die Erhebungen von Amtswegen erfolgen.

Bei der Beratung des Budgets der Forst- und Domänenverwaltung wird aus der Mitte der Kommission eine stärkere Vermehrung der Stellen für Forstbeamte gewünscht. Im diesjährigen Budget sind 8 Stellen mehr angefordert. Der Verein der Forstbeamten wünscht eine Vermehrung der Stellen von 8 auf 12. Der Finanzminister erklärt, er könne zu einer größeren Vermehrung dieser Stellen seine Zustimmung nicht geben. Die Anstellungsverhältnisse der Förster leiden unter der zu großen Anzahl der früher aufgenommenen Anwärter. Der Wunsch nach einer Vermehrung der Zahl der zweiten Beamten bei den Bezirksforstverwaltungen stößt bei der Regierung auf Bedenken, weil man damit den Grundbesitz durchbrechen, daß nur nach Bedürfnis neue Stellen geschaffen werden sollen. Auf eine Anfrage, ob das Verzicht, daß die Abteilung für das Forststudium an der technischen Hochschule aufgehoben werden soll, auf Tatsache beruhe, erklärt der Finanzminister, daß ihm davon nichts bekannt sei. Im übrigen sei es kein Idealzustand, daß die badischen Forstbeamten alle an derselben Hochschule studieren. Die Anstellungsverhältnisse der Finanzpraktikanten sei noch erheblich schlechter, als die der Forstbeamten.

Jüngst werden nicht mehr wie 1 oder 2 Studierende bei der Forstakademie aufgenommen, die sich vorher beim Finanzministerium anmelden. Es werde dabei eine gründliche Auswahl getroffen, so daß der Numerus donus keine schablonenhafte Anwendung finde. Eine Resolution, im Nachtragsbudget 8 weitere Stellen anzufordern, wird mit allen gegen 8 Stimmen abgelehnt. Die Unterrichtskurse für die Forstwärter haben sich sehr gut bewährt.

Bei der Staatsbrauerei Rothaus hat die Regierung zur Förderung des Betriebs die Gewinnbeteiligung eingeführt. Der Braumeister erhält 1/4 Prozent am rechnerischen Reinertrag. Zwei weitere Beamte erhalten als Vergütung der Führung der Biernebelagen in Freiburg und Bonndorf 1/10 Pf. pro Liter. Der Bierabsatz hat sich erheblich gesteigert. Es sind in diesem Budget 718 860 Mark Einnahmen vorgesehen gegen 617 150 Mk. im letzten Budget. Die Ausgaben und Einnahmen für den Etat der Forst- und Domänenverwaltung werden genehmigt.

Badische Politik.

Der Umfall der Nationalliberalen.

Die Liberalen „Bad. Presse“ begrüßt den Beschluß der Budgetkommission, da der frühere von „unhaltbaren Voraussetzungen“ ausgegangen sei. Einen Fehler anzuerkennen und gut zu machen sei ein Beweis der „Einsicht und Besonnenheit“. Das Blatt sucht der Annahme vorzubeugen, daß die Gesandtschaft in München eine partikularistische Tendenz gegenüber dem Reich haben könne; das sei ausgeschlossen schon durch die Tatsache, daß die Gesandtschaft in München von Friedrich I. errichtet wurde. Die „Bad. Landeszeitung“ meldete die Genehmigung mit Freigebung, enthält sich aber jeder Erklärung. Die Nationalliberalen wollen erst in der Verhandlung im Hause ihren Umfall entschuldigen. Die B. N. C. schreibt nämlich: „Die nationalliberalen Mitglieder der Budgetkommission haben sich für die Aufrechterhaltung der Münchener Gesandtschaft ausgesprochen. Die Beweggründe hierfür wird der Parteichef Abg. Rebmann im Plenum ausführlich darlegen.“

Natürlich jubelt die Zentrumspresse. So sagt der „Freib. Bot.“: „Es kommt genau so, wie wir kürzlich andeutend haben: die „Neulinge“ in der Fraktion, darunter insbesondere die mit Zentrumshilfe gewählten nationalliberalen Abgeordneten, haben ihren Einfluß in der Fraktion nach der rechten Seite hin geltend gemacht.“ Mit Hohn und Spott werden dann noch Rebmann und Rothkirch vom Boten begossen.

Tatsächlich ist dieser Spott verdient, wenn die nationalliberale Fraktion — was leider zu erwarten ist — auch im Plenum für die Bewilligung der Münchener Gesandtschaft stimmt.

Zunahme der Industrie in Baden.

Die soeben erfolgte Veröffentlichung über die am 1. September v. Js. vorgenommene Zählung der Gewerbebetriebe, die der Gewerbeaufsicht unterstehen, beweist, daß die Industrialisierung Badens ständig vorwärts schreitet. Man zählte 17 209 Betriebe mit 291 951 Beschäftigten. Die Zahl der letzteren ist seit 1912 um 8149 gestiegen, die Betriebe haben sich um 529 vermehrt. Die größte Arbeiterzahl entfällt auf die in Baden stark verbreitete Tabakindustrie; sie beschäftigt 42 065, in der Hauptfache weibliche Personen. Dieser folgt das Metallgewerbe mit 38 803, in welchem allein die Porzheimer Gold- und Silberwareindustrie 23 225 Personen stellt. In der Textilindustrie sind 36 668, im Baugewerbe 21 516 Arbeiter und Arbeiterinnen tätig. Charakteristisch ist die starke industrielle Tätigkeit der Frauen; es wurden in den Betrieben mit mindestens 10 Arbeitern 86 027 Arbeiterinnen beschäftigt. 26 074 von ihnen sind verheiratet; es wird also die weibliche Jugend zur Industriearbeit stark herangezogen.

D, welche Lust Soldat zu sein!

Aus Willingen kommt die Meldung, daß das bekannte Schredensurteil des Kriegsgerichts gegen den Musketter Vertsch bestätigt wurde. Das Oberkriegsgericht, das vorgeföhren in den Militärbaracken in Willingen seines Amtes waltete, kam nach neunstündiger Beratung in der Berufungssache des Soldaten Vertsch zu dem Ergebnis, daß dieser arme Teufel für sein in völliger Trunkenheit begangenes Vergehen für volle fünf Jahre ins Gefängnis wandern muß.

Bertsch hatte bekanntlich an einem der ersten Sonntage im Oktober in einem Streitfall zwischen Unteroffizieren und Zivilisten den letzteren beizufallen. Dabei kam es so weit, daß Bertsch einem Sergeanten das Seitengewehr auf den Kopf schlug, wodurch einige leichtere Verletzungen entstanden.

Vergleicht man diesen Fall mit dem des Leutnants v. Fortner, der für ähnliche Verletzungen eines halblahmen Schusters freigesprochen, so drängen sich einem recht viele Gedanken auf. — Bertsch will Revision an das Reichsmilitärgericht einlegen.

Von der Willinger Garnison wird der Freib. „Volksmacht“ noch eine andere Angelegenheit mitgeteilt. Am

letzten Sonntag sind zwei Rekruten des dortigen Bataillons fahnenflüchtig geworden. Nachforschungen innerhalb der Stadt führten zu dem Ergebnis, daß man wohl die Uniformen, nicht aber die Ausreißer auffand. Die Ursache dieser unüberlegten Tat dürfte wohl in den allgemein schmerzhaften Strapazen, verbunden mit der wochenlangen Kälte und in der als allgemein minderwertig bezeichneten Kost zu suchen sein. Gerade über das letztere gehen seit Wochen ständig Klagen ein. Die gegenwärtige grimmige Kälte ist überhaupt ein böser Gast für unsere Soldaten. Insbesondere beklagt sich die zur Wache abkommandierte Mannschaft. Beschwerden aller Art, hauptsächlich aber Unterleibschmerzen, treten massenhaft auf.

Zur Petition des badischen Lehrervereins.

Wie in unserer gestrigen Nummer mitgeteilt, beantragt eine Eingabe an die Zweite Kammer die Einreichung der Hauptlehrer und Hauptlehrerinnen in den Gehaltsstufen, so daß sie die nämlichen Bezüge erhalten, wie „an Vorbildung gleichwertige“ Beamte. Auch die unständigen Lehrer und Lehrerinnen sollen den Beamten gleichgestellt werden. Weiter wird verlangt die Durchführung des § 26 des Schulgesetzes, wonach sobile Lehrkräfte anzustellen sind, daß nicht mehr als 70 Kinder auf eine Lehrkraft kommen. Sollten die Wünsche nicht gleich durchzuführen sein, so wird um Abänderung der Übergangsbestimmungen zu dem Gesetz von 1910 gebeten. Zu dieser vom badischen Lehrerverein ausgehenden Eingabe wird bemerkt, daß der Rath. Lehrerverein die Aufnahme der Lehrer in den Gehaltsstufen nicht ertrotzt.

Die Lehrer sind natürlich von dieser Stellungnahme des dem Zentrumsfarren nachlaufenden Rath. Lehrervereins nicht sonderlich erbaut. So schreibt ein Lehrer der Freib. „Volksmacht“: „Beim Lesen Ihrer Notiz aus der „Neuen Waldshuter Zeitung“, daß die Lehrer viel zu günstig gestellt und es in Freiburg auf 4600 Mk. brächten, dagegen ein Landwirt viel schlechter gestellt sei (die „Volksmacht“ hat erfreulicherweise diese Auffassung zurückgewiesen), erinnere ich mich einer früheren Zentrumsversammlung, in welcher der „vielbereite und gerechte“ Zentrumsführer Herr Wader es über sich brachte, die Lehrer wegen ihrer Gehaltsforderungen die „Unerfättlichen und Ewig-Unzufriedenen“ zu nennen. Er forderte damals energisch mehr Rücksichtnahme auf die Steuerzahler. Ähnlich wie die Stellung des Herrn Wader ist die Haltung der gesamten Zentrumspresse zur Lehrerfrage. Wir Lehrer fragen uns auch, wie es Kollegen von uns fertig bringen können, in den Rath. Lehrerverein einzutreten. Sie sind ja doch nur die Handlanger der Zentrumsführer.“ Sehr richtig!

Deutscher Reichstag.

Berlin, 22. Januar.

Am Bundesratsitz ist Staatssekretär Dr. Delbrück erschienen.

Vizepräsident Dr. Paasche eröffnet 1 Uhr 30 die Sitzung. Die zweite Beratung des

Etats des Reichsamts des Innern wird beim Titel Staatssekretär fortgesetzt. Bis heute liegen 12 Resolutionen vor.

Abg. Nowicki (Pole) spricht bei großer Anruhe im Hause und führt aus: Die politischen Verbände werden von der Polizei vielfach als politische Vereine behandelt. Von wirtschaftlichen Vereinen wurde auch die Einreichung von Mitgliedslisten verlangt.

Abg. Dr. Daegy (Els. Zentr.): Auch wir wollen die bisherige Wirtschaftspolitik beibehalten. Die reichsländische Industrie und unsere Landwirtschaft haben natürlich trotzdem einige Wünsche. So geht bei uns das Verlangen nach Erleichterung der Einfuhr von Zugschiffen aus Frankreich und der Schweiz und ebenso auch der Futtermittel. In Elsaß-Lothringen als Grenzland, wo sich die politischen Spannungen besonders bemerkbar machen, haben sich die Dinge nicht so günstig entwickelt. Deshalb haben wir besonders das Bedürfnis nach Frieden und Entspannung. Unangenehm bemerkbar haben sich von neuem die neuen Reichsteuern auf das Vermögen des Landes gemacht. Zudem ist die Militärbegeisterung bei uns nicht groß. Viele sind sogar der Ansicht, daß die neuen Militärlasten nicht notwendig sind. Der Finanzminister Elsaß-Lothringens hat ein Lamento über die mangelhafte Lage der Landesfinanzen infolge der fortwährenden Eingriffe des Reichs in die Steuerverhältnisse Elsaß-Lothringens angestellt. Elsaß-Lothringen ist in den letzten Jahren langsam aber bestimmt 27 Millionen sinkende Erschöpfung allein ins Ausland gewandert neben anderen unkontrollierbaren Summen. Diese Erschöpfung hat besonders der Bürgermeister von Metz hervorgerufen. Eine alle Förderung ist, daß die für das Reich für die Steuer- und Zollverordnungen gemachten Ausgaben in voller Höhe vergütet werden. Uns fehlt das kommerzielle Hinterland; wir sind von diesem durch Zollgrenzen abgespernt. Dazu kommt die starke Belastung des Landes mit Militär und die Teuerung aller Lebensmittel. Seit Jahren verlangen die Handelskammern ein Konjunktural. Der Handel Elsaß-Lothringens rechtfertigt diesen Wunsch. Jetzt besteht der Wunsch, daß die Ursprungszeugnisse für das Reichsland hier in Berlin bei der französischen Botschaft bestätigt werden müssen. Man sagt, die Voraussetzung dieser Forderung wäre die Errichtung eines französischen Konsulats in Elsaß-Lothringen. Das ist gefährlich. Deutschland könne auch nicht die Auswahl der betreffenden Personen überlassen und verbieten, daß eine Zentralfelle für französische Wählerkreise entsteht, wie ein süddeutsches Blatt befürchtet hat. Frankreich hat Unrecht, wenn es bei der Zollabfertigung gegenüber Deutschland Schwierigkeiten in den Weg legt. Deutschland ist doch für Frankreich ein außerordentlich guter Kunde. Es ist zu wünschen, daß die Zollverordnungen mit Frankreich wieder aufgenommen werden und ein Verständigung erzielt wird. Wir haben ein besonderes Interesse daran, freundschaftliche Handelsbeziehungen mit Frankreich zu unterhalten. Erfreulich ist, daß der französische Präsident Poincaré eine Einladung des deutschen Botschafters angenommen hat. Das wird zur Beförderung der diplomatischen Beziehungen beitragen. Die Ablehnung der Polen- und Saar-Analifikation ist im Interesse der Elsaß-Lothringischen Erblager zu bedauern. Es handelt sich hier um einen Saatz, der auf 100 Jahre ausreicht. Frankreich plant eine Amalifikation der Warne. Wenn Luxemburg die Waas kanalisiert und eine Verbindung mit der Warne herstellt, dann werden die Elsaß-Lothringischen Winnteez-Interessenten geschädigt. Man sollte es Elsaß-Lothringens nicht unmöglich machen, seine Milliarden-Ratifikation entsprechend zu verwerten. Wir erwarten, daß die Reichsleitung bei der bevorstehenden Ratifikation des Elsaß-Lothringens eine

entsprechende Vergünstigung zuteil werden läßt und so eine unparteiische Revisionsinstanz bringt in bezug auf die Quotenfrage. Auch für Elsaß-Lothringen ist das letzte Jahr eine schlechte Weinernte gewesen. Könnte nicht das Reich Prämien für eine wirksame Bekämpfung der Reblaus auswerfen? Wir wünschen dringend, daß das Reich von seinem Rigorismus zurückkommt und uns nicht zwingt, jährlich Hunderttausende für das Ausrottungsverfahren auszugeben. Das Beste ist das Vereinfachungsverfahren auf Grund der amerikanischen Neben. Auch wir verlangen Schutz für den W. Bestand.

Die Herabsetzung der Altersgrenze bei der Altersversicherung von 70 auf 66 Jahre hätte schon längst erfolgen sollen. Auf die paar Millionen darf es nicht ankommen. Auch bei der Invalidenrentenfestsetzung wird viel zu rigoros verfahren. Die Ausdehnung der Krankenversicherung auf die Dienstboten wird auch von unseren Haushaltungen als eine drückende Steuer empfunden. Ich hoffe, daß die vorgetragenen Wünsche der Elsaß-Lothringischen Bevölkerung bei der Reichsverwaltung wohlwollende Aufnahme und Berücksichtigung finden werden.

Reichsbankpräsident Hancke: Die gegen die Diskontpolitik der Reichsbank erhobenen Angriffe sind unbegründet. Im vorigen Jahre wurde die Erhöhung unseres Diskonts durch die hohe wirtschaftliche Konjunktur, andererseits durch die infolge der Balkanreise hervorgerufene Beunruhigung des Geldmarkts bedingt. Als sich diese Spannung löste, entsand eine neue Spannung zwischen der Türkei und Griechenland. Erst ausgangs Oktober schien diese Gefahr beseitigt. Dann kamen hohe Anforderungen des internationalen Geldmarkts. Die gleichen Verhältnisse sehen wir im Ausland. Die Entwicklung der Verhältnisse hat gezeigt, daß die Politik der Reichsbank richtig ist. Wenn durch den hohen Bankdiskont die wirtschaftliche Unternehmungskraft nicht gefördert worden ist, so hat sie doch auch keine Schädigung erfahren. Wenn der Bankmarkt noch darniederliegt, so ist das keine Folge der Politik der Reichsbank. Deutschland ist wirtschaftlich und finanziell vorwärtsgeritten. Wir sind vom Ausland unabhängig geworden. Wir sind ersten Weltkriegs, der schaffenden Arbeit den hohen Diskont nicht länger aufzuerlegen, als es notwendig ist. Wir sind bemüht, unser wirtschaftliches Leben gesund zu erhalten. Was den Goldbestand der Reichsbank betrifft, so frage ich Sie, welchen Zeitpunkt soll die Reichsbank benützen, wenn nicht ein Jahr gewaltiger Exporttätigkeit, das die Goldzufuhr in hohem Maße steigert. Sätten wir diese Politik nicht befolgt, so hätte man uns zur Zeit der nationalen Gefahr die schwerste Verurteilung unserer Pflicht vorgeworfen.

Abg. Dr. Werner-Giesen (Wirtsch. Vgg.): Der Mittelstand muß gegen die Schmutzkonkurrenz und die Preiserei geschützt werden. Der bestehende Verhinderungsnachweis ist auszuheben. Schon vor längerer Zeit habe ich in einer kurzen Anfrage wegen des offiziellen Nachrichtenbureaus angefragt, ohne von der Regierung Auskunft erhalten zu haben. Es scheint daher richtig zu sein, daß ein internationaler Konzern unter jüdischer Oberleitung besteht. Das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb verlangt vollständige. Wir halten an unserer bewährten Schutzpolitik fest. Die Beamten- und Arbeiterkonsumvereine müssen im Interesse des Mittelstandes befreit werden.

Abg. Heine (Soz.): Das Gesetz über das Verbot des Streikpostensiegels und

das Koalitionsrecht

ist jetzt Mode geworden. Das Koalitionsrecht ist den Reaktionen verhaßt, weniger wegen seiner wirtschaftlichen Folgen, sondern als der Ausdruck der Freiheit und Willenskraft des Volkes. Die Herrenmenschen wollen überhaupt nicht, daß ein Teil des Volkes seine Forderungen selber vertritt und mit Zwangsmitteln durchsetzen kann. Darin erblicken sie eine Untergrabung des Staats. In diesem Gesetz kommt ein volksfeindlicher Trieb zum Ausdruck. Solche Vorwürfe pflegen sich zu wiederholen wie die zirkuläre Geisteskrankheit, von denen die Ärzte sprechen. Wir haben das schon erlebt bei der Zuchtkaufstrage. Das begann damit, daß jemand eine Rede hielt, in der die Arbeitseinstellung und die Ueberredung dazu mit Zuchtkauf bestraft werden sollte. Man wußte gar nicht, wie man dazu kam, bis man erfuhr, daß der gute alte Pastor v. Bodelschwingh gelagelt hatte, daß bei ihm ein Haus nicht fertig geworden war, weil die Arbeiter streikten. Das Zuchtkaufgesetz wanderte in den Papierkorb und es gingen 14 Jahre auch ohne es. Jetzt soll es wieder eingebracht werden hoffentlich mit demselben Ergebnis wie früher. Ich bestreite nicht, daß Gewalttätigkeiten vorkommen. Sie kommen auch bei Kirchweihen und anderen Gelegenheiten vor. Auch in Gaitöhren wollen Sie deshalb den Schnapsauschank verbieten? (Heiterkeit.) Wenn Hunderte und Tausende streiken, gibt es auch rohe und gewalttätige Naturen. Diese sind meistens schon wegen Gewalttätigkeit vorbestraft. Die Streikleistungen tun was sie können, um solche Leute von verantwortlichen Stellen fernzuhalten. Bei den meisten Fällen handelt es sich ja nur um derbe Worte. Die Herren im Landtag und sonstwo sollen sich doch nicht vom Standpunkt ihrer guten Ainderstube über jedes fröhliche Wort aufregen. Wenn unsere Offiziere in den Kasernenhöfen wie die Rohrpacken schimpfen, dann begehmet man das als fröhliche Jugendliebe usw. Die Sozialdemokratie ist seit langer Zeit befreit, die Jugend zu bilden. Söhren Sie sie nicht dabei, dann werden auch die Rohheiten bei Streiks aufhören. Die wohlausgebildete Organisation ist imstande, Ausschreitungen zu verhindern und ihnen vorzubeugen. Sie hat selbst das größte Interesse daran. Die Fälle, wo wirklich durch Führer von Streiks Ausschreitungen begangen oder unterstützt worden sind, sind minimal. Jeder Streik beginnt mit einer Warnung vor Ausschreitungen. Alle Vorgänge beweisen, daß die wirklichen Mitglieder der Organisation nicht an den Ausschreitungen beteiligt waren. Im Verhältnis zu der Zahl der bei Lohnkämpfen Beteiligten ist die Zahl und die Schwere der Exzesse unbedeutend. Der Einfluß der Organisation und ihre Schulung ist in den letzten 20 bis 30 Jahren unverkennbar geblieben. Die Ausschreitungen treten immer erst dann ein, wenn die Arbeiter von der Verweigerung erfährt werden, daß sie ihr Ziel auf geordnetem Wege nicht erreichen. Diese Verweigerung entsteht dadurch, daß die Arbeiter die persönliche

Stellungnahme der Behörden

sehen, daß sie sehen, recht bekommen sie doch nicht. Im Moabit würde es nie zu Ausschreitungen gekommen sein ohne das bis zur Unerträglichkeit und andererseits bis zur Provokation ungeschickte Verhalten der Polizei. Unter dem Vorzeichen des Schutzes der Ordnung und der Ruhe stellen sich die Behörden auf Seiten der Arbeitgeber. Sie führen den Arbeitgeber Streikbrecher zu und suchen auf unethische und struppellose Weise den Arbeitern Schaden zu tun. (Vizepräsident Dowe: Sie dürfen nicht auf diese allgemeine Weise ein herabsetzendes Urteil über die Behörden aussprechen.) Ich bin gern bereit, dieses Urteil auf die Stelle einzuschränken, wo diese Dinge wirklich vorgekommen sind. (Heiterkeit.) Ein Mitglied dieses Hauses, ein früherer Staatssekretär, hat die Streikbrecher als besonders nützliche Elemente für den Staat bezeichnet. Ich gebe gern zu, daß unter den Streikbrechern sich auch anständige Leute befinden, aber in der Zeit des Unfriedens fällt sich der Streikbrecher die Taschen, indem er keine Beiträge für eine Organisation zahlt, und wenn der Streik ausbricht, fällt er sich wieder die Taschen, denn der Arbeitgeber zahlt dann gerne doppelt und dreifach. Es gibt Streikbrecher aus Not, aus Feigheit, aus Egoismus. Es gibt aber auch

Streikbrecher aus Beruf.

Hört! hört! Es gibt besondere Agitatoren für Streikbrecher. Der bekannte Dünke hat sich über seine eigenen Leute in bezeichnender Weise geäußert. Wie dieses Gefindel sich betragen hat, dafür habe ich dem Hause ein Beispiel mitgebracht. (Der Redner zeigt unter großer Heiterkeit einen Gummihafter.) Mit diesem schrecklichen Instrument haben die Streikbrecher in Gegenwart der Polizei (Hört! Hört!) auf die Streikenden losgeschlagen. (Pfeife links.) Ich liebe sonst keine starken Ausdrücke, aber ich muß pflichtgemäß sagen, daß das Lumpengefindel ist. (Sehr richtig links.) Dieses Lumpengefindel sind die Schlingel des Herrn Westarp und seiner Freunde im Harzabund. So kommt es, daß die Streikbrecher sagen können, wir können einen totschlagen, es geschieht da doch nichts. So kam es zu der Ermordung des Fleischmann in Rürnberg durch den Lumpenhund Thiele, der ohne Notwehr einen Menschen niederschlug und dann entfloh, als das Gericht ihm die Lüge glaubte, er habe aus Notwehr gehandelt. Auch Herr Wasserhahn hat gesagt, er findet die Rechtspredigt sehr bedenklich, wenn ein Arbeiter wegen Erpressung bestraft werde, weil er sich weigere, mit einem Streikbrecher zu arbeiten. Das neue Strafgesetzbuch mit seinen Streikparagrafen ist ein Ausnahmegesetz schlimmster Art. Das Streikpostensystem muß den Arbeitern eingeräumt werden. Wir wollen das Koalitionsrecht auch den Hilfsarbeitern, Dienstboten, Schiffsangehörigen, Staatsarbeitern und Beamten gewähren. Die Angst vor einem Staatsarbeiterstreik ist eine Schimäre. Das Streikrecht kann man ihnen durch ein besonderes Gesetz nehmen, das Koalitionsrecht darf man ihnen nicht vorenthalten. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Darauf tritt Verlesung ein. — Schluß gegen 1/2 Uhr.
Morgen 12 Uhr kurze Anfragen, Interpellation über Bader und Initiativeanträge über die Befugnisse der bewaffneten Macht.

Aus der Partei.

Stuttgart, 22. Jan. In den Wintermonaten wird bei den Mitglieder-Versammlungen des sozialdemokratischen Vereins jeweils ein Vortrag gehalten werden. In der nächsten Versammlung, welche am Sonntag, 26. d. M., nachmittags, im „Feldschloß“, 2. St., stattfindet, wird Genosse Kruse-Karlsruhe sprechen über das Thema: „Der Imperialismus und die Arbeiterklasse“. Alle Parteimitglieder, Gewerkschaftsmitglieder und Freunde sind hierzu eingeladen.

Eine hundertjährige Verfügung. Genosse Dr. Alfred Bernstein-Berlin sollte in diesen Tagen in Wülheim am Rhein über die kulturelle Bedeutung des Geburtsortes sprechen. Die Wülheimer Polizeiverwaltung sandte ihm eine Verfügung, wonach ihm der Vortrag nur gestattet werden sollte, wenn dieser nicht „gegen die guten Sitten und die öffentliche Ordnung“ verstoße. Vor allem sei jede Empfehlung empfangnisverweigernder Mittel verboten und das Thema dürfe lediglich als wissenschaftliches Problem behandelt werden. 160 Mk. Geldstrafe wurden für den Verstoß gegen den Genossen Bernstein angeordnet.

Von der „Neuen Zeit“ ist jenseits des 17. Heftes des 32. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Bachschick. Von Wolfgang Deine. — Zu J. G. Fichtes hundertem Geburtstag. Von Max Adler (Wien). — Andreas Scheu. Von Karl Kautsky. — Die Anfänge des preussischen Staats. Von Fr. Mehring. 2. — Sozialdemokratie und Landesfürst. Von Walter Lehme (Berlin). — Schwierigkeiten und Irrtümer in der Behandlung der Agrarfrage. Von Alfred Moeglich (Steglich). — Die Organisationsform der Gewerkschaften. Von Georg Niepl (Magdeburg). — Literarische Rundschau: Dr. Augustin Haase, Die modernen Rhythmen und Labeeinrichtungen und ihre Bedeutung für die Seeschiffahrt. Von Richard Woldt. — Zeitkritikenschau. Von Oda Oßberg. — Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämter und alle Postorte zum Preise von 3,25 Mk. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. — Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Kommunalpolitik.

r. Affordlöhne für Notstandsarbeiter in Heidelberg. Die qualifizierten Notstandsarbeiter werden in Heidelberg

Theater und Musik.

Sonatenabend Diefenbacher-Hegner.

Zwei von ihrem letzten Konzert her noch bestens bekannte Künstlerinnen gaben am Montag im Museumsaal einen Sonatenabend. Neben unseren Klavierspielerinnen kam der Freiburger J. Weismann mit seiner Fis-Moll-Sonate, Op. 47 für Violine und Klavier zu Wort. Das Werk, das reich an Schwierigkeiten ist, ist eine durchaus beachtenswerte Schöpfung eines denkenden und ernstzunehmenden Musikers, der reich an musikalischen Gedanken und sicher im Aufbau ist. Durch die sorgfältige Ausarbeitung der Vortragenden, durch das Aufgehen im Grundgedanken des Besonderen erfährt die Weismannsche Sonate eine recht wirkungsvolle Wiedergabe. Anna Hegner (Violine) und Hedwig Diefenbacher (Klavier) sind beide nicht mehr fremd. Sie ergänzen sich gegenseitig und wir hatten schon einmal Gelegenheit, die solistischen Leistungen dieser beiden strebsamen Künstlerinnen mit recht verdienten Worten des Lobes zu würdigen. — Ferner brachte noch das Programm die Sonate B-Dur für Violine und Klavier von W. A. Mozart und die Beethoven'sche Sonate A-Dur, Op. 47 für Klavier und Violine, die auch unter dem Namen „Kreutzer-Sonate“ allgemein bekannt ist. Bei diesen beiden Sonaten liegen die Vortragenden einen stark ausgeprägten Sinn für den klassischen Sonatenstil erkennen, der die keine Zuhörerschaft in hohem Maße befriedigte. Trotz des bescheidenen Besuches war der Beifall ein herzlicher und durchaus wohlverdienter.

Das Parfital-Geschäft. Die Pariser Parfital-Unternehmer sind begeistert über ihr Geschäft. Der „Excelsior“ veröffentlicht eine Statistik, wonach die Parfital-Industrie für die ersten fünf Parfital-Ausstellungen nicht weniger als 22 876 Fr. eingenommen hat. Mit welcher Einnahme der bisherige Rekord für alle bisher bei Opernpremiererzielten Einnahmen geschlagen wurde! Heilig, heilig, heilig ist der Gral! Denn ihm wird gegeben die Kraft, den ungeheuersten kapitalistischen Profitdurst zu löschen. Wenigstens einweilen.

Wer hat die „Internationale“ komponiert? Ueber die Urheberchaft der Musik zur „Internationale“ entschied dieser Tage der Gerichtshof des Departements Seine in Paris. Pierre de Geyter behauptete, er allein sei der Komponist der „Internationale“. Sein Bruder Adolphe de Geyter nahm dagegen die Urheberchaft der Melodie für sich in Anspruch und die sozialistischen Genossen des Departements Nord stellten sich auf seine Seite. Pierre de Geyter verlor nun seinen Bruder Adolphe. Das Gericht aber entschied nach eingehender Untersuchung, daß Adolphe de Geyter allein der Komponist der „Internationale“ sei — Adolphe de Geyter ist ein einfacher Arbeiter in Lille,

neben der Beschäftigung mit Erdbewegungen auch mit dem Schlagen von Steinen beschäftigt. Für diese Arbeit wurde früher pro cbm 2,50 Mk. bezahlt. Die Ungünstigkeit dieser Bezahlung kam in den oft kläglichen Lohnresultaten zum Ausdruck. Die nachdem eingeführte Bezahlung nach Stundenlöhnen wurde wieder abgeschafft. Jetzt beschloß der Stadtrat und die Baukommission für den cbm Borphyrstein 3,50 und für Sandstein 2,50 Mk. zu zahlen.

Der Wahlkampf im 7. badischen Reichstagswahlkreis.

Aus dem 7. Wahlkreis schreibt man uns: Schreiber dieser Zeilen hatte kürzlich Gelegenheit in einem Dorfe einer politischen Diskussion einiger Wähler zuzuhören. Diese konnten sich nicht erklären, daß es noch Bauern gibt, die für Köllig stimmen konnten. Ein Zentrumsarbeiter meinte: „Ein Bauer darf nur einen Bauer wählen!“ Derselbe hatte anscheinend noch die Zentrumssprüche von der letzten Reichstagswahl im Kopfe, denn letztere Ausführung hat nur Sinn in Bezug auf die Zentrumskandidatur des Landwirts Schillers 1912. Heute aber lautet die Parole für die Zentrumsbauern: „Wählt den Professor Dr. Birth!“ D. Ironie des Schicksals! Aber sie schluden alles.

Ähnlich lautete die Zentrumspareole bei der letzten Landtagswahl, wo es hieß, ein Eisenbahner kann und darf nur den Eisenbahnbeamten Käufer wählen, einen Mann der seiner Partei angehöre, die hauptsächlich die Verteuerung der Lebensmittel auf dem Gewissen hat, sodas es auch unseren Wählern nicht mehr zu einem auskömmlichen Leben lang. Mit Petitionen auf Gehaltssteigerung für Unterführung kinderreicher Familien, Einführung der ersten Wohnungsklasse mußte man daher den Landtag überflutet.

Was hat aber das Zentrum für die Eisenbahner getan? Hier einige Stichproben: In der Landtagsperiode 1909/10 hat das Zentrum gegen die Weiterzahlung des Lohnes an ledige Arbeiter während militärischer Übungen gestimmt. Das Zentrum war gegen den sozialdemokratischen Antrag auf Verkürzung der Arbeitszeit auf 9 Stunden. Das Zentrum hat sich für die Befreiung der Eisenbahner ausgesprochen. In der Session 1911/12 hat das Zentrum wieder gegen die Verkürzung der Arbeitszeit gestimmt, ebenso gegen die gesetzliche Festlegung der Dienst- und Ruhepausen.

Das alles haben aber unsere Eisenbahner vergessen und wählten wieder Zentrum. Herr Birth sagte in Kammerweiser sehr richtig: „Nur die allergrößten Käber, wählen ihren Weg selber!“ Klingt das nicht wie ein Sohn wenn man die Taten der schwarzen Volkspartei kennt?

An die Seilfädeninsassen in Nordrach ergoht hiermit die Aufforderung, bei der bevorstehenden Reichstagswahl von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Die Abstimmung ist so wichtig, daß es auf jede einzelne Stimme ankommt; das hat man bei der letzten Wahl gesehen. Es darf als selbstverständlich vorausgesetzt werden, daß die Seilfädeninsassen soweit politisch geschult sind, daß sie nur für den Kandidaten eintreten, der die Interessen des arbeitenden Volkes wahrnimmt und das ist der Kandidat der Sozialdemokratie, Gen. Geiler-Mühlhausen.

Die Insassen der Seilfäden verdanken ihren leidenden Gesundheitszustand wohl zumeist unserer Jagen „göttlichen Weltordnung“, die einigen Wenigen alle Freuden des Lebens gewährt, hingegen die Masse des arbeitenden Volkes dem Elend und der Not überantwortet. Gerade die verheerende Tuberkulose ist eine Krankheit des wirtschaftlichen Elends, geboren aus Prädisposition im Mutterleib, mangelhafte Gesundheit Pflege während des Wachstums, mangelhafte Ernährung, schlechte Wohnungs- und Ernährungsverhältnisse, Ueberanstrengung des Organismus bei der Arbeit; alles Zustände, welche die bessere und gerechtere Gesellschaftsordnung des Sozialismus beseitigen will. Daraus werden wohl alle Seilfädeninsassen die nötigen Lehren für ihre politische Stellungnahme zu ziehen wissen.

Berichtszeitung.

Schwurgericht.

Karlsruhe, 22. Januar.

Der Abtreibungsstandal Herzog-Kiefer.

Vor dem Schwurgericht hatten sich heute die Hauptschuldigen der Durlacher Abtreibungsaffäre, die jetztzeit großes Aufsehen erregt hat, am 11. September 1884 in Karlsruhe geborene Lokomotivführer Karl Leopold Christian Herzog, dessen am 20. August 1864 in Barin (Mödlingen) geborene Ehefrau Wilhelmine Herzog geb. Eberlin und die am 4. Februar 1883 in Grünwetterbach geborene Ehefrau Bertha Kiefer geb. Rohrer wegen Abtreibung gegen Entgelt zu verantworten. Die Verhandlung wurde von Landgerichtsrat Baumgartner geleitet. Die Anklage vertrat Staatsanwalt Kuenze; verteidigt wurden die Angeklagten durch die Rechtsanwältin Max Oppenheimer, Kraußmann und Homburger. Die Öffentlichkeit wurde für die ganze Dauer der Verhandlung ausgeschlossen.

Im Oktober v. J. wurde in Durlach eine Frauensperion verhaftet unter dem Verdachte eines Verbrechens gegen § 218 St.G.B. (Abtreibung). Der Verdacht erwies sich als begründet und im Verlaufe der weiteren Untersuchung dieses Falles kam man einem Abtreibungsstandal auf die Spur, der immer weitere Kreise zog und auch der heutigen Angeklagten führte. Es stellte sich im weiteren Verlaufe heraus, daß der Ehemann Herzog und dessen Frau schon seit Jahren das Geschäft der gemerkmächtigen Abtreibung im großen Stile betrieben, zum Teil hier in der Wohnung der Frau Herzog, in der Weidenstraße, zum Teil in der Wohnung des von seiner Ehefrau getrennt lebenden Mannes in Mannheim. Die Mitangeklagte Kiefer, die in ihrem Verufe als Mäherin in weitem Kreise des Bezirks Durlach Beziehungen hatte, spürte bei jeder Gelegenheit Frauenspersonen auf, die sich in anderen Umständen befanden und brachte diese durch eifriges Jurende so weit, sich von ihr zur Abtreibung dem Herzogischen Ehepaare zuführen zu lassen.

Für die Tätigkeit forderte das Ehepaar Beträge von 20 bis 100 Mark und erhielt sie meistens aus. Der Vorteil, den die Schlepperin von ihrer Tätigkeit hatte, bestand darin, daß sie gegebenenfalls unentgeltlich Rat und Hilfe haben sollte. Das Herzogische Geschäft scheint auf diese Weise in hohe Blüte gekommen zu sein, denn monatlang beschäftigten die hiesige

Strafkammer die Anklage wegen Abtreibung gegen die dem Ehepaar Herzog zum Opfer gefallenen Frauen und Mädchen und in der heutigen Verhandlung konnte man sich des Eindrucks nicht erwehren, als ob die unter Anklage stehenden zahlreichen Fälle nur einen Bruchteil des in Wahrheit Geleisteten darstellten.

Ein ungefähres Bild vom Umfange des Prozesses gibt die Tatsache, daß an die Geschworenen 113 Fragen gestellt wurden. Der Staatsanwalt bezeichnete das Treiben der Beschuldigten als gemeingefährlich und beantragte gegen den Ehemann Herzog 10 Jahre Zuchthaus. Der Angeklagten Kiefer hatten die Geschworenen in weitgehendem Maße mildere Umstände zugestanden, gegen sie beantragte der Staatsanwalt 4 Jahre Gefängnis.

Das Urteil wurde nachts 9 Uhr verkündet. Es lautete für Herzog auf 3 Jahre 6 Monate Zuchthaus, für die Ehefrau Herzog auf 7 Jahre Zuchthaus und für die Ehefrau Kiefer auf 4 Jahre Gefängnis. Den Verurteilten wurden die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 5 Jahren aberkannt. Der Ehemann Herzog und Frau Kiefer nahmen die Strafe sofort an. Die Ehefrau Herzog erbat sich Bewährung. Zwischen der Ehefrau Kiefer und ihrem Manne kam es zu einer bewogenen Abschiedsgene.

Aus dem Lande.

Durlach.

Die Badische Maschinenfabrik Durlach, vormals Schöls und Reff ist auf eine originelle Idee verfallen, sich billige Arbeitskräfte zu verschaffen. Wohl in der begründeten Ueberzeugung, daß die bei der Firma erzielten Verdienste vielfach zu gering sind, um eine Familie richtig ernähren zu können, hat sie dieser Tage am schwarzen Brett folgendes Arbeitsgesuch und zu wissen getan:

Gesucht wird ein lediger und militärfreier Magazinsarbeiter.

Wir wundern uns, daß die Firma nicht noch ein paar andere Bedingungen gestellt hat. So wäre doch berechtigt gewesen, zu verlangen, daß der Magazinsarbeiter Unfallrente beziehen muß, demnach eine Erbschaft vom Ortel aus America zu erwarten hat und auch außerhalb des Betriebes sich spanischer Einfachheit befleißigt, weil man hiernach den Sparsinn zu bemessen beabsichtigt.

Hat denn die Firma kein Verständnis dafür, daß sie mit derartigen Angeboten nur Spott herausfordern muß?

Ettlingen.

Fahrplanänderung bei der Albtalbahn. Einem veltseitigen Wunsch entsprechend läßt die Albtalbahn probeweise ihre Züge um 2 Minuten später an der neuen Endhaltstelle in Karlsruhe abgehen. Die Abfahrtszeit von Karlsruhe lautet demnach: 7.16 Uhr, 7.46 Uhr, 8.16 Uhr, 8.46 Uhr usw. Die Züge vor 7 Uhr morgens behalten ihre bisherige Abfahrtszeit bei. Auch die beiden bereits verlegten Züge 12.20 Uhr mittags und 6.20 Uhr abends bleiben in der eingeführten Art bestehen. Bemerkenswert ist, daß in Ettlingen die Abfahrtszeit unverändert ist mit Ausnahme der Züge 12.18 Uhr und 6.18 Uhr, die hier um 3 Minuten später abgehen wie bisher, weil sie als korrespondierende Züge mit den später gelegenen Arbeiterzügen in Betracht kommen.

Kastell.

Kriegsgerichtsverhandlung. Am Donnerstag fand vor dem Kriegsgericht die Verhandlung gegen den Musikleiter Dittmann von der 7. Komp. Reg. 111 aus Bühl wegen fahrlässiger Tötung und Ungehorsam statt. Wie noch erinnerlich sein wird, hat Dittmann am Neujahrstage in der Ludwigskaserne den Musikleiter Aug aus Chemnitz mit dem Dienstgewehr durch den Hals geschossen, so daß der Tod sofort eintrat. Dittmann hatte eine alte Hülse gefunden und sie, da er der Meinung war, die Hülse sei leer, in ein Gewehr geladen und auf Aug angelegt und abgebrückt. Den Vorfall in der Verhandlung führte Major Freiherr von und zu der Tann. Verhandlungsführer war Kriegsgerichtsrat Horchler. Anklagevertreter Kriegsgerichtsrat Dieb, Verteidiger Rechtsanwalt Schumann-Kastell. Der Anklagevertreter beantragte 15 Monate Gefängnis. Das Urteil lautete auf 6 Monate Gefängnis, abzüglich 3 Wochen Untersuchungshaft wegen fahrlässiger Tötung. Von der Anklage wegen Ungehorsam wurde Dittmann freigesprochen.

Schwetzingen, 22. Jan. Verschiedene Einbruchsdiebstähle darunter der schwere Einbruchsdiebstahl in der Wohnung des Reichs- und Landtagsabgeordneten Reuhaus sollen jetzt nach der „Schwetzingen Zeitung“ aufgeklärt sein. Ein in Mannheim in Untersuchungshaft befindlicher Einbrecher soll eine große Anzahl von Einbruchsdiebstählen eingestanden haben.

Weil, 22. Jan. Am Dienstag abend brach hier im Wohnhause des Formstellers Glettader Feuer aus. Der erste Stock und der Dachstuhl des Hauses wurden vollständig zerstört, die Möbel sind größtenteils verbrannt.

Kastell, 22. Jan. Gestern nachmittag wurde der Arbeiter des Elektrizitätswerks Gottlieb Armand von einem in Kastell geratene Missethater an der Kandelaber einer Wagenlampe gedrückt und sofort getötet.

Waldshut, 22. Jan. Im Steinbruch beim Fahrhaus bewunglückte gestern ein Arbeiter namens Bolliger aus Koblens. Herabstürzende Steine verletzten ihn am Kopfe schwer, außerdem erlitt er einen Beinbruch.

Rom Bodensee, 22. Jan. Durch die andauernde Kälte ist der Bodensee an verschiedenen Stellen zugefroren. Vom Unterteil wurde das bereits berichtet. Auch der Kleine See bei Lindau und die Wasserburger Bucht sind vereist. Bei Friedrichshafen ist längs des Ufers eine große Eishahn entstanden.

Lauda, 21. Jan. Am Dienstag früh befand sich der gegen halb 6 Uhr hier durchfahrende Berliner Schnellzug in Gefahr. Von einem um 5 Uhr ankommenden Personenzug war ein Viehwagen abgehängt worden. Kurz bevor der Schnellzug einfuhr, bemerkten zwei Arbeiter, daß der Viehwagen noch auf dem Gleise stand. Einer der Arbeiter sprang dem Schnellzug entgegen und konnte durch Zeichen bewerkstelligen, daß der Schnellzug kurz vor dem Viehwagen zum Stehen kam. Der Viehwagen war nach dem „Heidelb. Ztbl.“ von den Rangierern vergessen worden.

Wertheim, 22. Jan. Ein 16jähriger Knecht namens Weimer aus Weidental geriet infolge Aufschens des Wagens, der von ihm gelenkt wurde, an die scharfe Ecke des Gohelmann'schen Hauses an der Brummengasse. Er wurde von dem Wagen totgedrückt. Der Kopf war ihm dabei vom Kumpfe abgetrennt worden.

Wertheim, 22. Jan. In der Dremschen Hofapotheke brach gestern früh Feuer aus. Dank dem tätigen Eingreifen der hiesigen Feuerwehr und der Wehren der umliegenden Ortschaften konnte das Feuer nach einer Arbeit von 4 Stunden auf seinen Herd beschränkt werden.

Die Schadenbrände im Jahre 1912. Nach den jetzt vorliegenden Feststellungen weist das Jahr 1912 gegenüber 1911 einen Rückgang in der Zahl der Schadenbrände an Gebäuden und Fahrnissen um 267 auf. Von den 2886 Schadenbränden des Jahres 1912 sind 1620 Gebäudebrände ohne und mit Nebenbränden und 2066 von Fahrnisbränden. Von Schadenbränden sind insgesamt 807 Gemeinden des Großherzogtums betroffen worden. Der Gesamtschaden beläuft sich auf 9,8 Millionen Mark.

Die Witterung im Jahre 1913 ist nach dem Bericht des Zentralbureaus für Meteorologie und Hydrographie als ganzes betrachtet zu warm, zu früh und zu reich an Niederschlägen gewesen. Das späte Frühjahr, der ganze Sommer und der Herbstbeginn sind zu kühl, der ganze Winter, die beiden ersten Frühlingsmonate und das letzte Jahresdrittel sind dagegen zu warm gewesen. In Bezug auf die Temperaturverhältnisse ist das Jahr 1913 sehr extrem gewesen, was darin zum Ausdruck kommt, daß einem ganz ungewöhnlich kaltem Juli zwei ungewöhnlich warme Monate März und November gegenüberstehen. Nur ein Monat, der Februar, hat zu viel Sonnenschein gehabt, alle anderen sind zu kühl gewesen.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 23. Januar.

Gewerkschafts-Maskenball.

Reges Interesse gibt sich allenthalben für den am Samstag im großen Saale der Festhalle stattfindenden Maskenball des Gewerkschaftskartells kund. Das beweist der starke Abgang der Eintrittskarten im Vorverkauf. Große Anziehungskraft üben zweifellos die ausgesetzten Preise aus, es gelangen 10 Herren-, 10 Damen- und 5 Gruppenpreise zur Verteilung, im Wert von 300 Mk. Frühere Veranstaltungen dieser Art waren immer zahlreich von ebenso humorvollen wie originellen Masken besetzt. Die zahlreichen politischen Vorkommnisse in letzten Jahren und in letzter Zeit werden sicher manchem Besucher und mancher Besucherin Stoff genug bieten, denselben auch die humoristisch-satirische Seite abzugewinnen. Das Leben und Treiben der Masken im Saale, die bunte, heitere Abwechslung wird auch den Besuchern, die mehr nach der griesgrämigen Seite hinneigen und die sich selbst nicht an dem Treiben beteiligen wollen, mancherlei Unterhaltung bringen. Auch werden die anerkannt guten Leistungen des Gewerkschaftsorchesters nicht verfehlen, ihr Nützlich zur Hebung der Stimmung beizutragen. Karten sind außer in den schon bekannt gegebenen Vorverkaufsstellen auch in der Expedition des „Volksfreund“ erhältlich.

Frauenaktion.

Auf die heute Freitag abend 7/9 Uhr, im „Auerhahn“, Schützenstraße 58, wiederbeginnen den Lesebänden möchten wir nochmals hinweisen. Wir erfinden die Genossinnen, sich recht zahlreich daran zu beteiligen. An die Genossen möchten wir die Bitte richten, ihre Frauen und Töchter auf die Lesebände, welche der Aufklärung und Belehrung unserer Sache dienen, hinzuweisen.

Hollabfertigungsdienst an den Sonntagen. Das Hauptfeueramt macht darauf aufmerksam, daß die Zeit, in der die Postkollstelle im Hauptfeueramtsgebäude hier für das Publikum an Sonn- und gesetzlichen Feiertagen zur Abholung von Poststücken geöffnet ist, von bisher 11-12 Uhr vormittags vom 1. Februar an auf 9-10 Uhr vormittags verlegt worden ist. Die Änderung wurde auf Wunsch der Handelskammer hier getroffen.

Nachtsfest auf der Eisbahn im Stadtpark. Das Nachtsfest, das am vergangenen Dienstag abends auf der Eisbahn im Stadtpark mit gutem Gelingen veranstaltet und von den Besuchern der Eisbahn mit Freude begrüßt worden ist, wird morgen Samstag abend von 7-10 Uhr wiederholt werden. Die Ausführung des Konzerts (von 7/8-10 Uhr) ist einer Abteilung der Artillerie-Kapelle Nr. 14 übertragen. Die Eisbahn wird wieder durch die um den See herum aufgestellten elektrischen Bogenlampen, durch Lampen und bengalisches Licht beleuchtet werden. Wegen der Eintrittspreise siehe das Inserat in heutiger Nummer.

Tödlicher Unfall. Gestern vormittag 10 Uhr war der 57 Jahre alte Arbeiter Johann Adam Stern am Rheinhafen hier mit Verladen von Kohlen beschäftigt, als plötzlich am Kranen die Kette riß und der mit Kohlen gefüllte, circa 35 Zentner schwere Greiser aus einer Höhe von circa 4 Meter auf ihn herunterfiel. Stern erlitt einen Bruch der Wirbelsäule und war sofort tot.

Durch einen Sturz auf der Treppe einer Wirtschaft in der Akademiestraße erlitt am Sonntag abend ein herabgefallener Metzger von hier eine erhebliche Gehirnerschütterung. Er mußte ins Krankenhaus aufgenommen werden.

Veranstaltungen.

Konzert Cahndich-Sinken — von Vose. Wir weisen hiermit empfehlend darauf hin, daß heute Freitag, 23. Jan., abends 8 Uhr, im Museumsaal das Konzert der Sängerin Lilli Cahndich-Sinken mit dem hier in bester Erinnerung stehenden Pianisten Professor Fritz von Vose stattfindet. — Karten in der Hofmusikalienhandlung Fr. Doert und an der Abendkasse im Museum.

Der Musikverein Harmonie eröffnete den Reigen seiner diesjährigen Karnevalsveranstaltungen mit einer wohl gelungenen Herrenfugung. Die Hauskapelle unter Maestro Huber sorgte mit ihrem Promenadenkonzert für die nötige Stimmung. In bunter Reihenfolge erzählten die Herren Lorenz, Kammerer, Huber und Meier ihre Erlebnisse in verschiedenen Bezirken und mancher „hasenreine“ Geschichte wurde dem dankbaren Auditorium aufgeführt. Fröhliche Ueberrauschung bot den Herren die aus wihigen Angebinen bestehende „Blattmann-Spende“. Der Höhepunkt erreichten jedoch die „Süßes Hasenwinn“ (Karr Schaller und Dollmetzsch) mit ihren modernen Langparodien (Langorillas). Nach waren die Stunden entflohen, als Präsident Vöhringer den Schluß der Sitzung ankündigte und die Herren sich im Rampenzuge nach Hause begaben.

Der Lautenabend Elsa Laura von Wolzogen findet heute abend 8 1/2 Uhr im Eintrachtsaale statt. Karten von 9-1 Uhr und 9-7 Uhr in der Hofmusikalienhandlung Hugo Kunz, Koch-, Kaiserstraße 114. Abendkasse ab 1/2 Uhr.

Die Karnevals-Gesellschaft der „Adenia“ veranstaltete am letzten Sonntag ihre erste Damen- und Fremdenfugung im „Kühlen Krug“, die eine außerordentliche Anziehungskraft ausübte; gehören doch die Sitzungen der „Adenia“ mit zu den besten Besatzungsveranstaltungen unserer Stadt. Das Programm war ein sehr reichhaltiges. Zwischen gemeinschaftlichen Gesängen produzierte sich eine ganze Reihe Witzredner und hielten die Vorträge der Herren Seiter und Stommel wohl die besten gewesen sein, deren schonrige Einfälle mit hümischem Applaus quittiert wurden. Auch den übrigen Witzrednern wurde Beifall gezollt, teils weil sie manche Witze zum besten gaben, teils weil sie — Schluß machten. Den musikalischen Teil hatte wieder die Artilleriekapelle der 60er unter Meister Schottens bewährter Leitung übernommen und tadellos durchgeführt.

Fußballklub. Im vorletzten Spiel der Klasse A empfing der Fußballklub am Sonntag den 18. Jan. den Besuch des S. C. Pforzheim zum fälligen Rückspiel. Die Gäste, die in dieser Saison während 15 Wettspielen noch unbesiegt sind, verloren das Spiel mit 0:2 Toren gewonnen. Das Spiel beginnt um halb 3 Uhr. Vorher spielt B. f. B. 2 gegen Frankonia 2. — Die Meisterschaftsspiele der 2. Klassen gehen ihrem

Ende entgegen und dürfte die Entscheidung um die Gaumeisterschaft schon am kommenden Sonntag fallen. Das letzte Spiel auf eigenem Platz hat B. f. B. Bewegungsspieler gegen F. A. Peierthelm ausgetragen. Das Vorspiel endete mit einem glatten Siege der Bewegungsspieler von 4:1 Toren und werden letztere alles daran setzen, auch dieses Spiel für sich zu entscheiden. Die Bewegungsspieler stehen in der Tabelle an zweiter Stelle. Anfang des Spiels halb 3 Uhr auf dem Sportplatz gegenüber der Telegraphenfabrik.

Neues vom Tage.

Der wilde Mann im Gerichtssaal. Straßburg, 21. Jan. In einem Gerichtssaal zu Nancy spielte sich ein aufsehenerregender Vorfall ab. Der 51 Jahre alte Deutsch-Lothringer und frühere Fremdenlegionär Scheffer war zu einem Jahre Gefängnis verurteilt worden, weil er einen gegen ihn ergangenen Ausweisungsbefehl nicht befolgt hatte. Die Verurteilung brachte Scheffer darauf in Wut, daß er dem Vorsitzenden seine Miße ins Gesicht schleuderte. Daraufhin wurde Scheffer wegen tätlicher Beleidigung des Gerichts zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt. (Tageblatt.)

Schneestürme. Paris, 22. Jan. Infolge der Schneestürme sind mehrere Dörfer bei Beziers in Südfrankreich seit fast einer Woche von der Außenwelt abgeschnitten. Die Bürgermeister teilten dem Präfecten mit, daß die Lebensmittelvorräte der Bedrohten erschöpft seien und die Dörfer um jeden Preis aus ihrer Lage befreit werden müssen.

Luftschiffahrt. Helgoland, 22. Jan. Das Luftschiff „Eachsen“, das die Reichspostlagge führte, fuhr heute Vormittag gegen 11 Uhr über die Insel Helgoland und warf Post ab. Nachdem es eine Zeitlang über der Insel gekreuzt hatte, nahm es den Kurs nach Cuxhaven und schlug nach einer Fahrt von zehn Minuten die Richtung nach Ost ein.

Deutsche für die Fremdenlegion. Paris, 22. Jan. Wie der „Expresse“ aus Luneville meldet, haben sich gestern vier Dejeureure der deutschen Armee bei dem dortigen Bureau der Fremdenlegion gemeldet, um sich anwerben zu lassen.

Vulkanausbruch in der Südt. Sidrach, 22. Jan. Eine äußerst heftige vulkanische Eruption hat auf der Insel Ambrin stattgefunden. Ca. 100 Eingeborene wurden von der glühenden Lava verschüttet und getötet. Die Offiziere eines Dampfers, der von den Neu-Hebriden hier ankam, erklärten, daß sie am vergangenen Montag eine dicke Rauchwolke über den Inseln Taama und Lavevi beobachtet hätten. Ueber das Schicksal der Eingeborenen herrscht große Besorgnis. Die Insel Ambrin scheint ihre Lage unauffällig zu verändern. Der Boden, auf dem das Militärhospital erbaut werden sollte, ist gesunken und befindet sich 18 Meter unter der Meeresoberfläche. An einer anderen Stelle ist eine Hügelkette entstanden, die vor einem Monat noch nicht wahrzunehmen war.

Letzte Nachrichten.

Kaufmannsgerichtswahlen. Mannheim, 22. Jan. Die hiesigen Kaufmannsgerichtswahlen hatten folgendes Ergebnis: Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband erhielt 743 Stimmen und 10 Beisitzer, der Bund kaufmännischer Vereine 577 Stimmen und 8 Beisitzer, der Zentralverband 254 Stimmen und 4 Beisitzer, der Verein Columbus 159 Stimmen und 2 Beisitzer.

Vom Reichstag. Berlin, 23. Jan. Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages hat laut „Vorwärts“ einen Antrag eingebracht, in dem der Reichskanzler ersucht wird, einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den unter Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit die Militärpersonen des aktiven Heeres und der aktiven Marine, sowie die übrigen in § 1 der Militärstrafgerichts-Ordnung genannten Personen der bürgerlichen Strafgerichtsbarkeit unterstellt werden.

Der neue Fürst von Albanien. Berlin, 22. Jan. Der Prinz zu Wied wird am 28. Januar von Potsdam nach Troent abreisen, um sich von dort auf dem Seewege, wahrscheinlich an Bord eines deutschen Kriegsschiffes zu begeben.

Rom, 22. Jan. Wie aus Durazzo hier eingetroffene Depeschen melden, werden die Arbeiten angefaßt der bevorstehenden Ankunft des Prinzen von Wied mit feierhafter Eile betrieben. Man beginnt mit der Pflasterung der Straßen, mit der Errichtung von Straßenlaternen. Beides fehlt bisher vollkommen. Auch im Palaß Esad Paschas, wo der Prinz Wohnung nehmen wird, ist ein Heer von Arbeitern beschäftigt. Man erwartet den Prinzen am 25. Februar in Brindisi. Doch wird der Prinz nicht eher nach Albanien gehen, als bis die Frage der 75 Millionen-Anleihe geregelt ist. Der Prinz soll von dieser Anleihe 20 Millionen sofort erhalten.

Ein vernünftiges Verbot. Posen, 23. Jan. Weihbischof Likowski hat allen Geistlichen allgemein verboten, im Wahlkreis Samter-Birnbaum für den Reichstag zu kandidieren. Das Wahlkomitee hat infolge dessen beschlossen, dem Wahlkomitee Grafen Kowalew-Dobrojemo als Reichstagskandidaten vorzuschlagen.

Interpellation in Sachen Giftmörder Hopf. Wien, 22. Jan. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses hat der Abgeordnete Pro eine Interpellation betreffend den Verkauf von Bazillenreinkulturen an den Giftmörder Hopf durch das Wiener Kriem-Museum eingebracht.

Kohlenräuberstreik in London. London, 22. Jan. Der Streik umfaßt sämtliche Gruppen von Arbeitern im Kohlentransport. Die Arbeiter hatten eine Lohnhöhung gefordert und als sich die Verhandlungen perschlagen, legen die Leute einer großen Kohlenfirma die Arbeit nieder. Von hier aus dehnte sich der Streik nach den anderen Stadtvierteln aus. Der Streik wurde ohne Genehmigung der Gewerkschaft begonnen, von dieser aber nachträglich gutgeheißen.

Generalstreik in Anshand. Moskau, 22. Jan. (Petersburger Telegraphenagentur) Der Versuch, aus Anlaß des Jahresfestes der Demonstrationen von 1905 einen Streik zu organisieren, ist als gescheitert zu betrachten. Es sind nur 8590 Arbeiter d. h. 5 1/2% aller Moskauer Arbeiter in den Ausstand getreten. Die Mehrzahl der Ausständigen ist in Metallfabriken, ein Teil in Druckereien angestellt. Zwischenfälle haben sich nicht ereignet.

Warschau, 22. Jan. In 8 Fabriken in der Stadt und in den Vorstädten sind 2 600 Arbeiter in den Ausstand getreten.

Petersburg, 22. Jan. Bis heute Mittag sind von 350 000 Fabrikarbeitern 70 000 in den Streik getreten. In einigen Fabriken verlusteten die Arbeiter, beim Verlassen der Werkstätten revolutionäre Lieder zu singen und Demonstrationen zu veranstalten. Dieser Versuch wurde jedoch durch die Polizei vereitelt. Mehrere Vorgänge spielten sich an zwei Punkten des Newsky-Prospektes ab; auch hier mußte die Polizei mit blanker Waffe einschreiten und die Menge zerstreuen. Sechs Personen wurden verhaftet.

Petersburg, 23. Jan. Nach amtlichen Angaben beträgt die Zahl der Arbeiter in Petersburg, die gestern die Arbeit niedergelegt haben, 110 604. Wegen Abhängen revolutionärer Lieder, sowie demonstrativer Ausschreitungen sind 134 Arbeiter verhaftet worden.

Zur Lage in Natal.

Johannesburg, 22. Jan. Die Stunde, zu der unter dem Kriegsrecht alle Personen, die keinen Erlaubnischein besitzen, zu Hause sein mußten, ist von 8 Uhr auf 10 Uhr verschoben worden. Die Beschränkungen für den Fuhrwerksverkehr sind aufgehoben worden. Falls die Lage sich weiter bessert, werden auch die Gastwirtschaften am Montag wieder öffnen dürfen. Diese Maßnahmen gelten für das ganze Randgebiet mit Ausnahme von Benoni und Volksburg. — In einer gemeinsamen Versammlung der Arbeitgeber und Arbeiter des Baugewerbes wurde der Streik bedingungslos für beendet erklärt.

15 Millionen Dollar für Radium.

Washington, 22. Jan. Einer der Direktoren der Standard Chemical Company, Flannery, machte gestern Abend in der vom Kongreß eingesetzten Kommission, die über das von der Regierung geplante Radium-Monopol beriet, interessante Ausführungen. Er wendete sich scharf gegen die Absichten der Regierung, die er als schädlich für die schnelle Verbreitung des Heilmittels ansieht. Ihm sei bekannt, daß einer der reichsten Leute des Landes, ein hochbetagter Industrieller, den Plan habe, im ganzen Lande 20 Hospitäler zur unentgeltlichen Behandlung Krebskranker mit Radium zu bauen. Der Millionär habe zu diesem Zweck die Summe von 15 Millionen Dollar ausgeworfen.

Briefkasten der Redaktion.

Nach Kaffat. 1. Webl-Ansichtskarten können Sie von der Volksfreund-Buchhandlung Karlsruhe, Luisenstraße 24, erhalten. 2. An Großh. Oberhäufel Karlsruhe. Nach Quercus. Wer am Wahltag 23 Jahre alt wird, darf wählen.

Briefkasten des Arbeiter-Sekretariats. Murgal Nr. 6. 179. Wenden Sie sich an das Schultheißenamt desjenigen Ortes, wo die Person über die Auskunft eingeholt werden soll, wohnt. Briefkasten. Wenn gegen Sie nichts vorliegt, kann Ihnen die Herausgabe des Kindes nicht verweigert werden.

Verantwortlich: Für den politischen Teil, Partei, Letzte Nachrichten, Gewerkschaftliches und Soziales: Hermann Kappel; für den übrigen Inhalt: Hermann Winter; für die Inserate: Gustav Krüger, alle in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Lassalla.) Heute Freitag nach der Gesangsprobe um 10 Uhr: Sängerverammlung. Wegen sehr wichtiger Tagesordnung ist das Erscheinen jeden Sängers Pflicht. 6862
Karlsruhe. (Naturfreunde.) Sonntag, 25. Januar. A. Tages-tour: Oberal, Hundsd, Mehlstoppf, Kirchweg, Naturfreundehaus, Forbach. Abf. 5.38 Uhr (Hauptbhf.) nach Oberal. Fahrpr. 2.20 Mk. Gehg. 6 Std.
B. Winterportifikation: Herrenal, Döbel (das. Uebung). Gaissbachal, Herrenal. Abf. 6.40 Uhr (Altbahf.). Fahrpr. 1.80 Mk. 6863
NB. Den Austrägern des Naturfreundehefts zur Kenntnis, daß dieselben heute abend im Vereinslokal ausgegeben werden. Adressbücher mitbringen.
K. Mühlburg. (Bruderverbund.) Freitag den 23. Jan.: Singstunde für Männerchor. Sonntag den 25. Jan.: Zusammenkunft von 4 Uhr ab in den oberen Lokalitäten des „Kühlen Krug“. 6846
Bulach. (Deutscher Metallarbeiterverband.) Samstag den 24. Januar, abends 8 1/2 Uhr, in der „Krone“ Versammlung mit Vortrag des Kollegen B. Kruse. 6851
Durlach. (Deutscher Metallarbeiterverband.) Samstag den 24. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im „Salmen“ Versammlung mit Jahresberichterstattung des Kollegen Paul Gurtschig. 6851
Breiten. (Deutscher Metallarbeiterverband.) Sonntag den 23. Januar, mittags 2 Uhr, im „Engel“ Mitgliederversammlung für den ganzen Bezirk. 6851
Ottensau. (Deutscher Metallarbeiterverband.) Sonntag den 23. Januar, vormittags 10 Uhr, im „Strauß“ Versammlung mit Jahresberichterstattung des Kolll. Paul Gurtschig. 6851
Oberkirch. (Arbeiterturnverein Freiheit.) Am Sonntag den 23. d. M., nachmittags 3 Uhr, findet die ordentliche Generalversammlung statt, wozu wir die verehrten Mitglieder um zahlreiche Beteiligung bitten. 6859 Der Vorstand.

Telegraphischer Schiffsbericht der „Red Star Line.“ Antwerpen.

Der Postdampfer „Waterland“ der „Red Star Line“ in Antwerpen ist laut Telegramm am 20. Januar wohlbehalten in Neuyork angekommen.

Wasserstand des Rheins.

23. Januar.
Schutterinsel 1.45 m, gef. 10 cm, Rehl 2.35 m, gef. 18 cm
Maxau 4.18 m, gef. 4 cm, Mannheim 3.51 m, gef. 18 cm.

Buchhandlung Volksfreund Luisenstraße 21

„Bahrer Jacob“, humoristisch-satirisches Witzblatt, Preis 10 Pf. Durch unsere Zeitungsträger und Filialinhaber werden Bestellungen ertg angenommen.
Der „Neue Weltkalender 1914“, Preis 40 Pf. Porto 10 Pf.

20 Mark Einheits-Preis.

Neu aufgenommen: Zwei erstklassige Goffbuser Fabrikate, solide tragfähige Qualitäten, nur neue Dessins, per Anzug 3,25 m Mk. 20.- netto Kasse. Wilh. Wolf jr., Kaiserstr. 82a, Engros-Tuchabteilung, Eingang Lammstrasse.

20 Mark Einheits-Preis.

Deutscher Metallarbeiterverband Verwaltungsstelle Karlsruhe. Lichtbildervorträge „Im Zeichen des Weltverkehrs“

finden statt: 6850 Ettlingen. Montag, 2. Febr., abends 8.30 Uhr, in der Sonne. Rothensfeld. Dienstag, 3. Febr., abds. 8.30 Uhr, im Salmen. Baden-Baden. Mittwoch, 4. Februar, abends 8.30 Uhr, in Plegers Gartenfaal. Bretten. Donnerstag, 5. Febr., abds 8.30 Uhr, im Bad. Hof. Bruchsal. Freitag, 6. Febr., abds. 8.30 Uhr, in der Fortuna. Weingarten. Samstag, 7. Febr., abds. 8.30 Uhr, in der Festhalle. Eintrittskarten zu 20 Pfg. sind bei den örtlichen Funktionären erhältlich. Karlsruhe. Samstag, 7. Februar, nachmittags 3 Uhr, in der Gewerkschaftszentrale: Lichtbildervortrag für Kinder. Hierzu haben die Kinder unserer Verbandsmitglieder freien Eintritt. Vortragender in allen Vorträgen ist Herr Heinrich Schürmann aus Stuttgart. Zu zahlreichem Besuch ladet ein Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiterverband Verwaltung Karlsruhe. Am Sonntag, den 1. Februar, mittags 2 Uhr, findet in der Gewerkschaftszentrale unsere jährliche Generalversammlung statt.

Tagesordnung: 1. Tätigkeits- und Kassenbericht. 2. Neuwahl der Ortsverwaltung. 3. Beratung der eingelaufenen Anträge. Anträge, welche zur Beratung kommen sollen, müssen bis Montag, den 26. Januar bei der Ortsverwaltung eingereicht werden. Nach § 4 Absatz 1 des Ortsstatuts legt sich die Generalversammlung aus sämtlichen Verbandsfunktionären (Vertrauensleute und Einfallstiere) zusammen und sind dieselben verpflichtet, die Generalversammlung zu besuchen. Mitgliedsbuch und Vertrauensmännerkarte gilt als Legitimation und ist vorzuzeigen. Ohne Legitimation kein Zutritt. Die Ortsverwaltung.

Gebrüder Scharff

Kolonialwaren u. Weine en gros. Telefon Nr. 741. Karlsruhe: Amalienstr. 27, Rheinstr. 34a, Wilhelmstr. 30, Bernhardstr. 8. Knielingen: Teuschneureut, Hagsfeld, Blankenloch, Eggenstein.

Hülsenfrüchte:

(unter Garantie weichkochend) Erbsen, gelb 18u.22g Linzen 16, 22u.26g Erbsen, grün, frz. 26g Bohnen, per 18g

Marmeladen:

(bekannt und bester Qualität) Gemischt per 22g Heidelbeerkonf. 240g Aprikosen, gom. 32g Erdbeerkonf. 44g Apfelgelee per 36g Himbeerkonf. 44g Preiselbeeren 38g Aprikosenkonf. 44g

Konserven:

Gemüse: 2 Pfd. 1 Pfd. Gemüsee- Erbsen 42g 28g Jg. Erbsen 62g 36g Erbsen mit Karotten 52g 33g Brechbohnen 38g 26g Schnittbohnen II 35g 26g Schnittbohnen I 45g 30g Früchte: 2 Pfd. 1 Pfd. Pflaumen 50g 34g Birnen 78g 45g Mirabellen 82g 50g Aprikosen 72g ferner: Wurstwaren, Speck, Sauerkraut, Frankf. Würstchen, in nur erstklassigen Qualitäten. Grossabschm., Pensionen etc. besond. Preise Lieferung frei Haus in Karlsruhe.

Bucherer

empfehl. 6775 Holz große Bund 10 25 Bund 2.25

Briketts 7 Stück 10 50 Stk 1.20

Bucherer

in sämtlich. Filialen. Zum „Drachen“ Karl-Wilhelmstr. 10. Jeden Freitag Schlachttag wozu höflichst einladet Adam Hauck.

Eilt! Garantiert

31. Januar Ziehung der Grossen B.-Badener Gold-Lotterie 23000 Mk. Hauptgewinn 10000 Mk. Soldatenheim-Lotterie des Bad. Regiments Nr. 112 10000 Mk. Hauptgewinn 4000 Mk. J. Stürmer Stradburg 1. E., Langstrasse 107. Filiale: Kohl u. Th., Hauptstr. 41. In Karlsruhe: Carl Götz, Bebelstr. 11/15, E. Fläge

Fleisch-Verkauf

Samstag den 24. Januar von 7 bis 1 Uhr verlaufe ich Markt für 20 prima Qualität Mastkuhfleisch (eigene Mastung) à Pfund 68 Pfennig. Wilhelm Neck, Wolfersfelderstr. 6811

Aufforderung.

Die Zahlungspflichtigen werden hiermit aufgefordert, das Schnitzgeld für die Bürgerkassette, Fächerkassette und Anabenserkassette für das 4. Vierteljahr 1913/14 (23. Januar bis 28. April 1914) bis längstens 31. Januar 1914 unter Vorlage der angefertigten Formulare an der Kassenkasse einbringen. Karlsruhe, den 21. Januar 1914. Stadt-Beisitzerskassa

Sie sparen Geld

beim Einkauf Ihrer Schuhwaren im Inventur-Ausverkauf von Schuhhaus Münzner Südstadt: Werderplatz 84. Mühlburg: Rheinstr. 12.

Gesang-Verein Bruderbund.

Samstag, den 31. Januar, abends 8 Uhr 11 Minuten: Großer Maskenball in den Sälen des „Kühlen Krug“ mit Prämierung der schönsten und originellsten Masken. 5 Herren-, 5 Damen-, 2 Gruppenpreise. Zu einer Gruppe gehören mindestens 4 Personen. Die Preise sind im Schaufenster von L. Weingand, Büggelstraße, Ecke Philipp- und Rheinstraße, ausgestellt. Eintrittspreise à 50 Pfg. für Herren und 80 Pfg. für Damen sind bei den bekannten Sängern und Sängerninnen, sowie an der Abendkasse erhältlich.

Stadtgarten.

Samstag den 24. Januar 1914, abends von 7-10 Uhr Nacht-Fest auf der Eisbahn. Beleuchtung der Eisbahn durch Lampen und bengalisches Licht. Von 7/8 bis 9/10 Uhr Konzert einer Abteilung der Artillerie-Kavalle Nr. 14. Eintrittspreis: Zu dem Eintrittsgeld für die Eisbahn, das beträgt für einmaligen Eintritt 20 Pfg. für eine Dauerkarte für den Winter, die auch zur Benutzung der künstlichen Eisbahn außerhalb des Stadtgartens berechtigt 2 Mark wird ein Wunschkonzert von 10 Pfg. erhoben (für Erwachsene und Kinder). Die Eisbahnkarten sind nur in Verbindung mit Stadtgartenkarten gültig.

Auf alle Schuh-Waren meines reichhaltigen Lagers von bekannter Güte wegen Räumung 10% od. dopp. Rabattmarken auf zurückgesetzte Artikel bis 50% Rabatt. Schuh-Haus Josef Götz Mass- und Reparatur-Geschäft Schützenstrasse 14.

Empfehle meine wasserdichten Crom-Sohlen, beinahe doppelte Haltbarkeit jedem anderen Sohl-Leder gegenüber. Preisunterschied nur 10-20 Pfg. Alle Reparaturen werden schnell und bestens ausgeführt und Rabatt-Marken gewährt.

Maskenkostüme, verschied. Kanarien-Hähne, junge, leihen oder zu verkaufen. 6812 Bähringerstr. 3, 2. Stod. Winkel, Durmersheimerstr. 77.

Abschlag!

Mageres Dörrfleisch Pfund Mt. 1.05 in 6774

Bucherer's

in sämtlich. Filialen.

Naturfreunde!

holen ihren Proviant im Reformhaus Kadner Durlach, Amalienstraße 25.

Ueberzieher (wenig getragen) von 4.- an Anzüge (wenig getragen) von 4.- an, neue Winter

zu jedem annehmbarem Gebot, einz. Dosen, Westen, Zoppen sehr billig. 6854 Gelegenheits-Kaufhaus Werderstraße 55. Samstag geöffnet nur abends von 6/7 bis 9 Uhr.

Frauen!

„Femina-Tee“, rein herbarischer, bester Qualität, 4 50 Pfg. Dro. G. Mayer, Wilhelmstr. 20 Strauss-Drogerie in Mühlburg.

Klavier-Unterricht.

Konfessorisch geb. Fräulein erteilt gründl. Unterricht für Anfänger und Fortgeschrittene bei mäß. em Honorar. Köh. Wöhrstraße 2, 2. Stod. 6782

Betragene u. neue Herren- und Damenkleider

Wäsche, Uhren, Möbel kauft man am allerbilligsten und besten bei der altbekannten Firma 6918

R. Waier,

Marktgrafenstraße Nr. 16. Rattenfänger, raffinerter, 11 Wochen alt, unter Garantie für den billigen Preis von 10 Mark zu verkaufen: Eisenweinstraße 42, Dintenhof, 2. Stod. 6842

Kaffee

frisch gebrannt mit feinst. aromatischem Geschmack per 1/2 Pf. 75 Pfg.

Würfel-Zucker (Caselwürfel)

per 5 Pf. 1.09

Zuger

und Filialen.

Pfannkuch & Co

Dürrobt:
Bosnische Zwetschen
Pfund 25, 32
und 36 Pfg.
extra großtündige Frucht
Pfd. 45 u. 50

Zwetschen
entfeinte
Pfund 55 Pfg.

Plochina-Zwetschen
- in Paketen -
Palet 40 u. 50

Dampfpfäfel
Pfund 60 Pfg.

Birnschnitze
Pfd. 25 Pfg.

Californische Pfirsiche und Birnen
Pfd. 70 Pfg.

Aprikosen
Pfund 90 Pfg.
und ML 1.20

Kranzfeigen
Pfd. 28 u. 30 Pfg.

Mischobst
- in Mischungen -
Pfd. 30 u. 40
feinstes ohne Stein Pfd. 60

Pfannkuch & Co

G. m. b. H.
in den bekanntesten Verkaufsstellen

Trauringe in allen Preislagen



Gravieren gratis.

Fritz Steidle, Rastatt
Kaiserstrasse 32.

4 Pianinos

erklaffiger Firmen, werden unter Garantie billig abgegeben.

J. Kunz, Pianolager,
Karlsruhe,
Karl-Friedrichstr. 21.

Verkaufe und Kaufe fortwährend neue und getragene Herrenkleider, Schuhe, Stiefel, blaue Arbeitsanzüge, gebt. Uhren, Messer, Gold und Silber, Brillanten, Rahngewichte, Wanduhren, Möbel, Kleiderkoffer.

Erstes größtes An- u. Verkaufsgeschäft Levy
Barbarastr. 22. Tel. 2015.

Ein Ereignis für Karlsruhe bedeutet mein Saison-Räumungs-Ausverkauf

Beginn: Freitag, den 23. Januar bis Samstag, den 14. Februar.

Es lohnt sich meilenweit zu wandern, denn was ich Ihnen biete steht unerreicht da. Ueberzeugen Sie sich!

Nur der Grosskonsument kann Ihnen solche Vorteile bieten!

Die Preise sind unbeachtet der früheren Preise derart ermässigt, dass es vielen ein Rätsel bleiben wird.

Filzschneallentiefel Filzledersohlen, Sealskinfutter sonst Mk. 2.25 jetzt Mk. 1.45

Gesteppte Filzpantoffel, Filzledersohlen, sehr beliebter Hausschuh sonst Mk. 1.15 jetzt 98

Ein Beweis meiner Leistungsfähigkeit! Schwarze und braune Lederpantoffel, schöne egale Ware, leichtes Friesfutter, daher auch für Frühjahr verwendbar, sonst Mk. 2.95 jetzt Mk. 1.98

Ein Schlager! Filzschneallentiefel Lederbesatz, Sealskinfutter, kräftige Sohlen u. Absatz. Nur 2.20

Für Schultiefel! Hochbesetzte Filzschneallentiefel, Sealskinfutter 25-26 27-30 31-35 s. hr geeignet! Mk. 1.55 1.80 2.10

Ledertuch-Pantoffel kräftige Sohlen u. Fleck, warm Futter, noch nie ist Ihnen derart. Angebot gemacht worden Herren 98 Damen 79

Herrn-Chev.- u. Boxcalf-Agraffen-Stiefel, Goody-Welt, Derbyschnitt, hochf. u. eleg. at. Mk. 11.90

Knabenstiefel in guter Ausführung, breite Form Mk. 4.95 5.95 6.95 7.95

Hochelegante Damenstiefel echt Chevreau, mod. Ausführung, Paar Mk. 5.95

Tanzschuhe! Nur das Neueste, was die Mode erzeugt! **Tanzschuhe!**

Lack-, Atlas-, Gold- und Silber-Brocato-Tangoschuhe in vielen Farben und Ausführungen. Stadtgespräch bildet die bekannte Billigkeit meiner Tanz- und Gesellschaftsschuhe! 6852

Zum Einkauf benützen Sie die Vormittagsstunden und kaufen Sie sofort, da noch alle Nummern, alle Artikel vorhanden sind.

Kaiserstraße 118 Korintenberg 36 eigene Geschäfte

Städt. Badaanstalt (Bierordtbad).

Wegen Vornahme von Reinigungsarbeiten und Reparaturen bleibt die Schwimmhalle vom Sonntag, den 23. Januar bis mit Samstag, den 31. Januar ds. J. geschlossen.

Die anderen Abteilungen bleiben geöffnet 6848

Billiges Wild-Angebot.

Für diese Woche trifft wieder ein Waggon von den so sehr beliebten schlesischen Hirschen ein und verkaufe so lange Vorrat

Schlef. Riefenhäsen per Stück 4.20-4.60

Große Rücken per Stück von 1.60 an
Große Schlegel 0.80
Große Ragout per Stück von 1.00-1.20
Extra große Rücken ab 2 Pfd. schwer, per St. 2.00-2.20
Extra große Schlegel ab 1 Pfd. schwer, per St. 1.00-1.10
Wilde Kaninchen per Stück 1.00-1.30

Junger Hirsch im Aufschnitt per Pfd. 0.90-1.10
Schlegel, " " " " 0.90-1.10
Edelhirsch Ragout " " " " 0.80
" " " " " " 0.60

Rehe Schlegel, Rücken und Wäge in jeder Größe. 6853

Sasanen, Wildenten, Haselhühner, Krametsvögel, ff. Tafelgeflügel als: franz. Weisshähnen und Dennen, Boularden, Gasermafgänse, Straßburger Pratzgänse (auch zerlegt), Cavannen, Poulets, junge Hähnen, Suppen- u. Fricasseehühner.

Fluß- u. Seefische als: holl. Kabelja, Schellfische, Rotzungen, D. Sole, u. Turbot, Weser-Zalm, ff. Fluszkander, Blauselchen, frisch gewässerte Stöckfische, Zwetsmuscheln, lebende Forellen und Schleien, sowie diverse Sorten Fischräucherwaren und Marinaden zum billigsten Tagespreis.

nur **Carl Pfeifferle** nur Erbprinzenstr. 23. Tel. 1415

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Geburten vom 16. bis 20. Januar. Kurt Adolf, S. Joh. Ebel, Tagelöhner. - Käthchen, S. Daniel Engelhardt, Schlosser. - Derta Erna Nina, S. Ernst Glabitsch, Werkmeister. - Alara Marie, S. Leonhard Bönie, Bädermeister. - Elsa Emilie, S. Johann Greule, Bierbrauer. - Anna Maria, S. Anton Förderer, Bahnarbeiter. - Gertrud, S. Adolf Weiß, Ref.-Geizler. - Elsa, S. Herm. Sutterer, Kutscher.

Todesfälle vom 19. bis 20. Januar. Ludwig Eckerle, Werkmeister. Ehemann, alt 47 J. - Wilhelm Schäfer, Zimmermann, gesch. Ehemann, alt 66 J. - Caroline Wurz, Haushälterin, led., alt 40 J. - Gustav Karber, Privatier, Ehemann, alt 68 J. - Emma Feder, alt 82 J. - Ehefrau des Eisenhieslers Edward Feder. - Ernst Bachmann, Tagelöhner, ledig, alt 61 J.

Deutscher Bauarbeiter-Verband
Zweigverein Karlsruhe :: Geschäftsstelle Wilhelmstraße 47

Für die Mitglieder des Zweigvereins Karlsruhe findet am Sonntag, den 23. Januar d. J., vormittags punkt 9 Uhr

General-Versammlung
im „Apollo“, Marienstraße 16, in Karlsruhe statt.

Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Kasienbericht.
2. Die Anstellung eines dritten Lokalbeamten.
3. Renewal des Zweigvereinsvorstandes.

Die Verbandsbücher sind am Saaleingang vorzulegen. Wer nicht im Besitz des Buches ist, hat keinen Zutritt in die Versammlung.

Die in Karlsruhe und den Vororten wohnenden Mitglieder können ihre Verbandsbücher vor dem Saaleingang in Empfang nehmen.

Der Zweigvereinsvorstand. J. A. August Philipp.

Solange Vorrat reicht!

Te-Weizen-futtermehl
per 150 Pfund-Sack
Mark 10.50 6850

Hühnerfutter
per 100 Pfd. ML 7.50

Weizen
per 100 Pfd. ML 11.50

Gerste
per 100 Pfd. ML 9.50

Vogelfutter
per Pfund 19 Pfg.

Zuger und Filialen.

K. F.-C. Phönix
(Phönix-Alemannia) e. V.
Sportplatz links d. Rheintalbahn entlang. - Telefon 1338.

Sonntag, den 23. Januar, nachm. 1 Uhr VI. Mannschaft gegen F.V. Grünwinkel III.
1/3 Uhr III. Mannschaft gegen Alemannia E. gegenstein I. Mannschaft.

Montag, den 26. Januar, abends 8 1/2 Uhr, findet in der Turnhalle der Oberrealschule ein Vortrag des Olympia-trainers für Süddeutschland Herrn Waitzer statt. Eintritt frei. Zahlreiches Erscheinen wird erwünscht. 2002

Bergebung der Maler- und Linderarbeiten zum Neubau der städtischen Gewerbeschule.
Der Vergabungstermin wird hiermit auf **Sau Sta., den 31. Januar,** vormittags 11 Uhr, verschoben. 6880
Die Verwaltung.

Der Mann, welcher Mittwoch das Handtäschchen in der Stefaniestraße aufgefunden hat wird gebeten dasselbe auf dem Fundbüro abzugeben.

Pfannkuch & Co

Seigwaren

Bruch-Maccaroni
Pfd. 28 Pfg.

Maccaroni offen
dicke 30 Pfg.
dünne 36 Pfg.

Maccaroni
in 1/2 u. 1/4 u. 1/8 Paketen
Pfund 40, 45
und 55 Pfg.

Eierstifte 65 Pfg.
Marle-Glocken 76 Pfg.

Gemüse-Rudern
offen Pfd. von 32 an

Hausmacher
- nur in Paketen -
1/2 Pfd. Palet 40 Pfg.

Getrocknete Eier-Hausmacher
in 1/2, 1/4 u. 1/8 Paketen
Pfund 45, 55
und 65 Pfg.

3 Glocken-Indeln
Pfund 76 Pfg.

Gemüse-Maccaroni (Muscheln)
Pfund 32 Pfg.

Pfannkuch & Co

G. m. b. H.
in den bekanntesten Verkaufsstellen

K.F.C. Phönix

Heute abend im Klubhaus **Spieler-Versammlung.**
Sonntag, den 25. Januar auf unserem Platze: II. und III. Mannschaft gegen V. t. B. Karlsruhe II. und III. Beginn 1 bzw. 11 Uhr.
1/3 Uhr:

B. S. C. Pforzheim I
(in dieser Saison noch unbesiegt) gegen **Frankonia I**

Der freie Eintritt ist für dieses Spiel aufgehoben.
4. Mannschaft in Bulach.

Eichene Schlafzimmer-Einrichtung
mit 130 breitem Spiegel-schrank wird für Mk. 295.- abgegeben. 6868
Waldstraße 22.